

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK



Arbeitskampf der GDL wird zur Kraftprobe um das Streikrecht

Es ist kein Zufall, das zeitliche Zusammentreffen des GDL-Streiks und die Vorlage der Gesetzesinitiative zur »Tarifeinheit«. Mit seiner Blockadehaltung in der laufenden Tarifrunde versucht der Bahnvorstand der GDL das Recht streitig zu machen, für alle seine Mitglieder, insbesondere für das Zugbegleitpersonal, einen eigenständigen Tarifvertrag zu erstreiten. Dem gleichen Ziel dient der von Arbeitsministerin Nahles vorgestellte Entwurf zur gesetzlichen Regelung der Tarifeinheit. Sollte der Entwurf Gesetz werden, müssten sich alle kleineren Gewerkschaften, so auch die GDL, den mit der Mehrheitsgewerkschaft abgeschlossenen Tarifverträgen unterordnen. Sie wären an deren Friedenspflicht gebunden. Das Recht, für einen eigenen Tarifvertrag in den Arbeitskampf zu treten, wäre ihnen damit praktisch genommen. Die im Grundgesetz verankerte Koalitionsfreiheit, die das Streikrecht zur Durchsetzung von Tarifverträgen einschließt, wäre ausgehebelt.

Die Vorgeschichte und der Verlauf des aktuellen Arbeitskampfes geben Auskunft über die tatsächlichen Ziele

der Arbeitgeberverbände und der Bundesregierung. Sie werfen zugleich ein Schlaglicht auf die Kräfteverhältnisse in der Auseinandersetzung um die weitere Einschränkung des eh schon eng begrenzten Streikrechts, das es nur zur Durchsetzung von Tarifverträgen gibt.

Auftakt: Der Arbeitskampf der GDL 2007

Als die ersten Gesetzesentwürfe zur Privatisierung der Bundesbahn auf dem Tisch lagen, betätigte sich die Gewerkschaft Transnet, die heutige EVG, als deren eifrigster Fürsprecher. Seither folgt sie den Wünschen und Vorgaben der Bundesregierung und des Vorstandes der DB AG, beispielsweise anlässlich des geplanten Börsenganges. Als der auf Widerstand in der SPD stieß, betätigte sich der damalige Gewerkschaftsvorsitzende Hansen als eifriger Lobbyist in den Reihen der zweifelnden ParteigenossInnen. Die unter Federführung von Transnet ausgehandelten Verträge der Tarifgemeinschaft sahen dementsprechend aus. Die In-

teressen der Beschäftigten, insbesondere des Zugpersonals, gerieten völlig unter die Räder der privatisierten Bahn und ihrer Renditevorgaben.

Die überwiegende Mehrheit der LokomotivführerInnen und ein erheblicher Anteil des übrigen Zugpersonals waren in der GDL organisiert. Die sah sich gezwungen, die Tarifgemeinschaft aufzukündigen und mit eigenen Forderungen in die Tarifrunde 2007 zu gehen, wollte sie nicht ihr Ansehen und ihre Existenzberechtigung bei den Mitgliedern aufs Spiel setzen. In der Arpo (Nr. 4, 30 November 2007) schrieben wir damals:

»Als die GDL sich mit der Forderung nach einem eigenständigen Tarifvertrag aus der Gängelung des Bahnvorstandes und seiner Co-Manager von Transnet zu lösen versuchte, ahnte wohl kein Beteiligter, welche Gegenkräfte sie damit auf den Plan rufen würden. Hinter der unnachgiebigen Haltung des Bahnvorstandes standen nicht allein wirtschaftliche Überlegungen. Sonst wäre der Konflikt viel eher durch Zugeständnisse beendet worden. Hinter der DB AG stand eine Front aus Arbeitgeberverbänden, Bundesregierung und Gewerkschaftsspitzen, deren Interessen der Bahnvorstand zu berücksichtigen hatte. [...] Der Bahnvorstand versuchte der GDL das Recht auf eine eigenständige gewerkschaftliche Interessenvertretung streitig zu machen. [...] Sollte ihr jegliches Zugeständnis verwehrt werden können, dann hätte sie neben der »mächtigen« (mitgliederstarken aber zahmen) Transnet keine Funktion. Die Rebellion des Fahrpersonals gegen die von Gewerkschaftsboss Hansen mit der DB AG ausgehandelten Tarifverschlechterungen der letzten Jahre wäre niedergeschlagen.«

Wie bekannt, konnte sich damals der Vorstand der DB AG nicht durchsetzen. Die GDL errang mit dem Abschluss eines Tarifvertrages – allerdings nur für die LokführerInnen, das übrige Fahrpersonal blieb ausgeschlossen – einen Teilerfolg. Ermöglicht wurde dies durch die breite Sympathie für die Streikenden, die auch durch die Medienkampagne/-hetze nicht gebrochen werden konnte. In der Überlastung des Fahrpersonals, in dem wechselnden Schichtdienst und ständig anfallenden Überstunden bei viel zu geringer Bezahlung sahen viele Lohnabhängige die Parallelen zum eigenen Arbeitsalltag. »Endlich mal eine

Gewerkschaft, die es denen da oben zeigt«, war die weit verbreitete Ansicht.

Die gemeinsame Gesetzesinitiative von BDA und DGB 2010

Bereits schon während des laufenden Arbeitskampfes der GDL, am 11. September 2007, erschien in der FAZ ein Plädoyer von Dieter Hundt im Namen der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA):

»**Betriebliche Praxis braucht Tarifeinheit. Der Gesetzgeber muss handeln.** Die Tarifauseinandersetzung bei der Bahn hat das Augenmerk auf den für die betriebliche Praxis wichtigen Grundsatz der Tarifeinheit gelenkt. [...] Mit der Gewerkschaft der Lokführer (GDL) versucht nach Cockpit, der Organisation der Flugbegleiter (UFO), dem Marburger Bund und der Fluglotsenvereinigung (GdF) jetzt abermals eine Spartengewerkschaft diesen Grundsatz auszuhebeln. [...] Um diese Entwicklung zu verhindern, müssen Streiks von Spartengewerkschaften begrenzt werden. [...] Da eine schnelle höchstrichterliche Entscheidung nicht in Sicht ist, sollte der Gesetzgeber handeln und die Friedensfunktion des Flächentarifvertrages sichern.«

Im Sommer 2010 erging die höchstrichterliche Entscheidung des Bundesarbeitsgerichtes. Es kippte den Grundsatz der Tarifeinheit zu Gunsten des Pluralismus – für die BDA das Startsignal zum Handeln. Sie holte sich den DGB ins Boot für die gemeinsame Gesetzesinitiative zur »Tarifeinheit«, wohl in der Erwartung, dem gemeinsamen Appell der »Sozialpartner« würde sich der Gesetzgeber, das Parlament, nicht verschließen können. Ohne Rücksprache selbst in den eigenen Vorstandsgremien hatten beispielsweise Frank Bsirske und Bertold Huber an diesem Versuch das Streikrecht auszuhebeln mitgestrickt. Auf das entscheidende Ziel ihrer Initiative wiesen BDA und DGB in einer gemeinsamen Stellungnahme selbst hin. »Darüber hinaus dient die Tarifeinheit einer wichtigen Funktion der Koalitionsfreiheit und des Tarifvertragssystems, nämlich die Arbeitsbeziehungen zu befrieden.«

Bekannte Arbeitsrechtler, wie Wolfgang Däubler (Professor für deutsches und europäisches Arbeitsrecht) und



In der Arbeiterpolitik berichteten wir in der Vergangenheit ausführlich über die Privatisierung der Bahn, über den GDL-Streik 2007 und über die gemeinsame »Gesetzesinitiative Tarifeinheit« von BDA und DGB.

Die entsprechenden Ausgaben findet ihr auf unserer Homepage:

www.arbeiterpolitik.de

- Zur Bahnprivatisierung, Sonderausgabe, Februar 2003
- Arbeitskampf der GDL, November 2007
- Gesetzesinitiative zur Tarifeinheit, Oktober 2010

Noch vorhandene gedruckte Exemplare können bei der Redaktionsadresse bestellt werden.

INHALT · Heft Nr. 4 · 25. November 2014 · Jg. 55

Arbeitskampf der GDL wird zur Kraftprobe um das Streikrecht	1
Islamischer Fundamentalismus, Islamischer Staat und der Westen	5
Irak – Beispiel eines »failed state«	8
Verteilungskampf um die Ressourcen der Region	11
Griechenland: Depression und Widerstand	15
Hintergründe zur Entstehung des Ersten Weltkriegs ...	19
Rosa Luxemburgs Werke	23

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Karaberis
 Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
 GFSA e.V. • Postbank Hamburg • Kto 410 077 205 • BLZ 200 100 20
 IBAN: DE 28200100200410077205 • BIC: PBNKDEFF
 Zuschriften an: »GFSA e.V. • Postfach 106426 • D-20043 Hamburg«
 e-mail: arpo.berlin@gmx.de • Internet: www.arbeiterpolitik.de



Detlef Hensche (ehemaliger Vorsitzender der IG Medien) wiesen nach, dass ein solches Gesetz gegen die im Grundgesetz verankerte Koalitionsfreiheit verstoßen würde. Ob das Bundesverfassungsgericht entsprechend urteilen wird, sei dahingestellt. Jedenfalls folgten der Gesetzesinitiative zum Teil heftige innergewerkschaftliche Debatten um die Alleingänge der Vorsitzenden. Deren Vorgehen stieß vor allem auf der unteren und mittleren Funktionärebene in ver.di auf heftigen Widerspruch. Nachdem ver.di beschlossen hatte, die Initiative nicht weiter zu unterstützen, machte auch der DGB einen Rückzieher – ein Erfolg für die innergewerkschaftlichen Kritiker der gesetzlichen »Tarifeinheit«. Aber auch in den Reihen der damaligen schwarz-gelben Koalition regte sich Unbehagen. Viele Gewerkschaftsfunktionäre des Deutschen Beamtenbundes, dem auch die GDL angehört, sind Mitglieder der CDU oder der FDP. Die Gesetzesinitiative zur Tarifeinheit war damit vom Tisch – allerdings nur vorläufig.

Große Koalition gegen kleine GDL

In ihren Koalitionsverhandlungen vereinbarten CDU und SPD, eine gesetzliche Regelung zur Tarifeinheit in der jetzigen Legislaturperiode in die Wege zu leiten. Sie folgten damit einem Versprechen der Bundeskanzlerin gegenüber den Arbeitgeberverbänden. Der Vorstand der DB AG, die sich ja zu 100 % im Besitz des Bundes befindet, erhielt offensichtlich den Auftrag, dieses Vorhaben nicht durch ein Nachgeben gegenüber der GDL in der diesjährigen Tarifrunde zu konterkarieren. Jedenfalls blockierte die DB AG seit vier Monaten jegliche Verhandlung über die materiellen Forderungen der GDL nach 5 % mehr Lohn und einer Arbeitszeitverkürzung von 39 auf 37 Stunden. Zur Voraussetzung von Verhandlungen darüber macht der Bahnvorstand die Bereitschaft der GDL, sich einem gemeinsam mit der EVG auszuhandelnden Tarif für die Zugbegleiter und das Servicepersonal unterzuordnen. Im Klartext: Die GDL soll freiwillig auf das Tarif- und Streikrecht für ein Teil ihrer Mitglieder verzichten. Darauf kann wohl keine Gewerkschaft eingehen, ohne ihre Existenzberechtigung selbst in Frage zu stellen. Die GDL sah sich folgerichtig gezwungen, den Arbeitskampf gegen ein solches Diktat aufzunehmen. Er wurde somit indirekt zum Kampf um die Sicherung der im Grundgesetz verankerten Koalitionsfreiheit.

Mit der Weigerung sich dem Bahndiktat zu beugen und von seinem Streikrecht Gebrauch zu machen, rief die GDL die Kräfte auf den Plan, die ihr schon 2007 so rabiat entgegentraten:

- die Bundesregierung, die als alleiniger Eigentümer der DB AG den Kurs des Bahnvorstandes steuern kann;

- die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, auf deren Drängen die Regierungskoalition das Gesetz zur »Tarifeinheit« auf den Weg gebracht hat;
- führende Spitzenfunktionäre aus den DGB Gewerkschaften. Deren Kritik am Arbeitskampf der GDL belegen, dass der Rückzug des DGB aus der gemeinsamen Gesetzesinitiative mit der BDA 2010 rein taktischer Natur war, um die innergewerkschaftlichen Kritiker zu besänftigen. Inzwischen hat der DGB gegen die Stimmen von ver.di, NGG und GEW sich grundsätzlich hinter Nahles Gestzentrwurf gestellt.

Seit Beginn der Streikaktionen wurden wir Zeugen eines mit allen Mitteln der Demagogie geführten Feldzuges, dessen Ziel es ist, die Einschränkung des Streikrechts propagandistisch vorzubereiten. 2007 hatten die Tarifforderungen der GDL angesichts miserabler Arbeitsbedingungen und niedriger Löhne für eine breite Sympathiewelle gegenüber den Streikenden gesorgt. In der Berichterstattung über die aktuelle Tarifauseinandersetzung werden sie deshalb medial fast völlig unterschlagen. Stattdessen wird die GDL, insbesondere ihr »bahnsinniger« (BILD-Zeitung) Vorsitzender Weselsky, zu einer Gefahr für den Wirtschaftsstandort Deutschland aufgeblasen. Der GDL ginge es lediglich um die Durchsetzung ihres Machtanspruches gegenüber der Konkurrenz, der EVG. Die öffentliche Sympathie mit den Zielen von Arbeitskämpfen stört, wenn Arbeitgeberverbände und die Regierung das Streikrecht einschränken wollen.

Mit der juristischen Schlappe der DB AG vor dem Landesarbeitsgericht in Frankfurt, das der GDL die Recht- und Verhältnismäßigkeit des Arbeitskampfes bescheinigte, ist die Auseinandersetzung nicht beendet. Bahnchef Grube deutete die vorzeitige und freiwillige(?) Beendigung des Streiks in einen Erfolg der DB AG um und schloss ein baldiges Nachgeben gegenüber der GDL aus. Ob er dies Durchhalten kann, werden die weiteren Verhandlungen zeigen.

Der juristische Erfolg der GDL dürfte zudem die Entschlossenheit derjenigen stärken, die mit Hilfe von Gesetzesänderungen solche Arbeitsniederlegungen in Zukunft unterbinden wollen. Es existieren weitere Pläne für eine Einschränkung des Streikrechts. Sie sollen die geplante Gesetzesregelung zur Tarifeinheit ergänzen oder notfalls ersetzen, sollte diese erneut scheitern. Eine der Überlegungen: In wichtigen, öffentlichen Bereichen, wie im Nah- und Fernverkehr, soll eine Neuregelung der Schlichtung und Friedenspflicht die Führung von Arbeitskämpfen erschweren. Ein anderer Vorschlag lautet, dass im Falle des Arbeitskampfes mindestens 50% der Dienstleistungen aufrecht zu erhalten seien. Der Vorteil dieser Überlegungen, er trifft alle und nicht nur die kleinen Gewerkschaften. Selbst

nach einer Einigung zwischen GDL und der DB AG in der laufenden Tarifrunde wäre die Auseinandersetzung um das Streikrecht also noch lange nicht beendet.

Die Rolle der GDL-Führung

Der Vorstand der GDL hat die Rolle als Buhmann der Nation nicht aus freien Stücken gewählt. Genauso wenig sieht er sich als Vorkämpfer einer klassenkämpferisch orientierten

Gewerkschaftspolitik, der es um den Erhalt oder gar den Ausbau des Streikrechts geht. Die GDL trat, wie auch die EVG, nie als prinzipieller Gegner der Bahnprivatisierung in Erscheinung. Viele Spitzenfunktionäre in den Gewerkschaften des Deutschen Beamtenbundes sind CDU-Mitglied, so auch der GDL-Vorsitzende Weselsky. Ihm wäre wohl nichts lieber, als die Rolle des gleichberechtigten Sozialpartners spielen zu dürfen. Das wird der GDL aber bislang verwehrt.

Jedenfalls unterschied sich die Art und Weise, wie der Arbeitskampf von GDL-Führung angegangen wurde, nicht prinzipiell vom Vorgehen der DGB-Gewerkschaften. Der Vorstand wollte alle Zügel in der Hand behalten. So gab es im Vorfeld der Tarifaufeinandersetzung keine Diskussionen in der Mitgliedschaft über die Inhalte der aufgestellten Forderungen. Über Zeitpunkt, Ablauf und Dauer der Arbeitsniederlegungen entschieden ausschließlich die zuständigen Gremien, die einfachen, streikenden Mitglieder blieben bei den Entscheidungen außen vor.

Es gab keine Flugblätter der GDL für die Reisenden oder für KollegInnen anderer Gewerkschaften; das streikende Zugpersonal war zunächst in der Öffentlichkeit kaum wahrnehmbar. Die Schwäche der Arbeitskampfführung, in der die Außendarstellung in den Händen des Vorsitzenden verblieb, offenbarte sich mit der zunehmenden Hetze in den bürgerlichen Medien, die den Arbeitskampf zum Machtkampf eines besessenen Gewerkschaftsbosses umschrieben. Der Druck der Gegenseite und die Unruhe der streikenden Zugpersonale, die zunehmend auf öffentliche Aktivitäten drängten, veranlasste die GDL-Führung eine Kundgebung vor dem DB-Tower am Potsdamer Platz in Berlin zu organisieren. Sie fand am 7. November statt, just zu dem Zeitpunkt, als das Landesarbeitsgericht in Frankfurt über die Klage der DB AG verhandelte. Als die streikenden KollegInnen aus Berlin sich anschließend im Streiklokal über den Ausgang der Klage informieren wollten, gab es eine große Überraschung. Der mit Jubel aufgenommenen Fernsehnachricht über den juristischen Erfolg der GDL folgte die Meldung, über den vorzeitigen Abbruch des Arbeitskampfes. Zwar konnten viele die Motivation nachvollziehen, für Sympathie unter den Reisenden in der Öffentlichkeit zu werben. Sie fühlten sich aber übergangen – der Vorstand hätte vorher ihre Meinung einholen können.



**Neupack-Belegschaft:
»Das ist unser Streik«**

9 Monate Arbeitskampf bei Neupack, Film von Hajo Rieckmann + Puschki Aalders mit Unterstützung des mpz 2014 / 63 Min / Nr. 01-1334 / 16 Euro

Am 1. November 2012 traten 110 Arbeiterinnen und Arbeiter, über die Hälfte der Belegschaft der beiden Werke der Firma Neupack in Hamburg und in Rotenburg an der Wümme, in den Streik für einen Tarifvertrag. Es folgte ein Arbeitskampf, der 9 Monate und 9 Tage dauerte: Auf der einen Seite die Streikenden, auf der anderen Seite die Eigentümerfamilie. Dazwischen die gewerkschaftliche Streikleitung der IG BCE, die mit dem Angebot, sozialpartnerschaftliche Verhältnisse bei Neupack einzuführen, weder auf der einen noch auf der anderen Seite auf Zustimmung stieß.

Während des Streiks sind 260 Stunden Film und Tonaufnahmen entstanden. Das Material stammt zum Teil von den Streikenden selbst, die ihren Streik mit Fotos und Handyaufnahmen dokumentierten, teils von einem Kollegen der Föderation demokratischer Arbeitervereine (DIDF) und teils von uns, zwei Mitgliedern des Solikreises. Aus diesen Dokumenten stellten wir diese filmische Collage zusammen.

Der so entstandene Film dokumentiert die Auseinandersetzungen der Streikenden mit dem Arbeitgeber, mit den Streikbrecherinnen und Streikbrechern, mit der Streikleitung der IG BCE und auch die Diskussionen der Streikenden untereinander über Fragen der Selbstorganisation.

Ausschnitte aus Interviews nach dem Streik und von Diskussionen und Aktionen während des Arbeitskampfes zeigen das prekäre Arbeitsleben bei Neupack, den Streikalltag und die Konflikte mit der gewerkschaftlichen Streikleitung über die demokratische Beteiligung an der Gestaltung des Streiks. Schöne Bilder voll Zuversicht und Solidarität und Momente von Verunsicherung und Zorn prägen den Streik wie den Film. *»Am Ende haben wir unser Ziel nicht erreicht. Es sind sich aber inzwischen alle einig, dass wir gut gekämpft haben, und wenn es soweit ist, werden wir das auch wieder tun.«* (Betriebsratsvorsitzender Murat Günes)

Bestellung:
<http://mpz-hamburg.de/bestellen/das-ist-unser-streik/>

Den Arbeitskampf der GDL unterstützen – das Streikrecht verteidigen

Die GDL steht im Moment im Fokus der Bemühungen, das Streikrecht einzuschränken. Weder sie allein, noch die im Beamtenbund organisierten Gewerkschaften, besitzen die Kraft, dies zu verhindern. Sie werden, genauso wenig wie die Führungen der DGB-Gewerkschaften, bereit sein, gegen eine Einschränkung des Streikrechts die politische Auseinandersetzung praktisch aufzunehmen. Ihnen verbleibt höchstens der juristische Weg, der Gang zum Bundesverfassungsgericht.

Wir sollten deshalb nicht nur unsere Solidarität mit dem streikenden Zugpersonal manifestieren, sondern auch die Diskussion über die drohenden Gefahren für das Streikrecht in allen Gewerkschaften führen. Mit der aktuellen Ausgabe der »Arpo« verschicken wir die bisher erschienen Ausgaben der »Streikzeitung, JA zum GDL-Arbeitskampf – NEIN zum Tarifeinheitsgesetz«. Es ist keine Streikzeitung der GDL. Sie wird herausgegeben von einem breiten Bündnis, dem auch zahlreiche KollegInnen aus den DGB-Gewerkschaften angehören. In der Streikzeitung gibt es sehr informative Artikel zu den angesprochenen Themen.

16. 11. 2014 ■



Islamischer Fundamentalismus, Islamischer Staat und der Westen

Die Welt, die in das dritte Jahrtausend eintritt, ist nicht von stabilen Staaten oder stabilen Gesellschaften gekennzeichnet. Die Welt, oder große Teile von ihr, wird durch Gewalt verändert werden. Doch die Art dieser Veränderungen ist noch völlig unklar.

(Eric Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme, 1995, S. 570)

Der »Krieg gegen den Terror«, den US-Präsident George W. Bush nach den Anschlägen vom 11. September 2001 ausrief, geht nun offenbar in Form des »Krieges gegen den Islamischen Staat« in seine zweite Runde. Zwischen diesen beiden seltsamen Kriegen – seltsam, weil Kriege gewöhnlich zwischen Staaten geführt werden und nicht von einer Weltmacht gegen religiös inspirierte Gruppierungen – liegen die militärische Unterwerfung des Irak durch die USA mit dessen anschließendem staatlichen Zerfall, der Sturz des Gaddafi-Regimes in Libyen mit nachfolgendem Bürgerkrieg und staatlicher Instabilität, der Wahlsieg der Muslimbruderschaft in Ägypten und im Jahr darauf der Militärputsch gegen deren Präsidenten Mursi, das Versinken Syriens in Bürgerkrieg und Anarchie, die Ausweitung der israelischen Siedlungen im Westjordanland und die weitere Zerstörung der Infrastruktur im Gaza-Streifen und der schrittweise Rückzug aller US-Truppen und deren Verbündeter aus Afghanistan. Die Ordnung der arabischen Welt, die nach dem Ersten Weltkrieg von den imperialen Mächten England und Frankreich durch Grenzziehungen vorgenommen wurde, bricht binnen weniger Jahre zusammen und keine internationale Macht kann dies verhindern. Die Oligarchen der reichen Staaten des Golf-Kooperationsrats (GCC) halten ihre Bevölkerung durch staatliche Subventionen und vor allem durch Geheimdienste, Polizei und militärische Aufrüstung in Schach. Und im Maghreb versuchen die Regierungen durch eine Mischung aus Repressionen und Reformen das Auseinanderbrechen ihrer Staaten entlang ethnischer Bruchlinien zu verhindern.

Die militärische Gewalt der USA und ihrer willigen westlichen Verbündeten war nicht die Hauptursache für den Kollaps der arabischen Regime. Es war der Zusammenstoß der globalisierten kapitalistischen Welt mit rückständigen und stagnierenden Gesellschaften, die aus sich heraus zu weiterer Entwicklung nicht mehr fähig waren. Gesellschaften mit einem hohen Anteil junger Männer und Frauen, deren Familien sich krumm gelegt hatten, um ihnen eine gute Ausbildung an privaten Schulen und Universitäten zu ermöglichen und denen es danach unmöglich war, Arbeit oder angemessene Beschäftigung zu finden; die nicht ausreichend Geld verdienen konnten, um von zu Hause ausziehen zu können oder Familien zu gründen; deren

einzige Perspektive darin zu bestehen schien, in die reichen Länder des GCC oder des Westens – möglichst in die USA – auszuwandern und von dort aus ihre Verwandten zu unterstützen. Die Liquidierung des Bath-Regimes im Irak oder Gaddafis in Libyen sprengte die letzten Fesseln, die diese Gesellschaften noch zusammen gehalten hatten. Anstelle einer Befreiung der Völker von ihren Despoten, die in der Propaganda des Westens das vorgebliche Ziel der militärischen Eingriffe gewesen war, war um sich greifende Anarchie das Resultat des Zusammenbruchs der Staatsgewalten. Denn eine wirtschaftliche und politische Perspektive war mit der Kriegführung nicht verbunden, außer einer vagen Vorstellung von einer Übernahme der »westlichen Werte« durch die Besiegten und natürlich der weiteren Verfügbarkeit von deren Bodenschätze für die Ökonomie der Sieger.

Die Wurzeln der dschihadistischen Gruppierungen Al Qaida und Islamischer Staat (IS) liegen in Afghanistan und Irak, wo 1988 der saudische Staatsbürger Usama bin Ladin mit anderen das Netzwerk Al Qaida begründete und wo im Jahr 2000 der Jordanier Zarqawi als Führer des IS auftrat und das Hauptquartier 2003 in den Irak verlegte. Während sich Al Qaida auf Terroranschläge gegen Ziele in westlichen Staaten und prowestlichen arabischen Staaten konzentriert und Bündnisse mit unterschiedlichen sunnitischen Strömungen und auch mit Schiiten eingeht, verfolgt der IS territoriale Ziele, indem er ein neues Kalifat, d. h. einen großen, religiös definierten (sunnitisch) muslimischen Staat anstrebt, der nur Anhänger einer bestimmten Richtung der Sunna akzeptiert, und für den andere sunnitische Richtungen, Schiiten und alle Andersgläubigen »Ungläubige« und Gegner sind. Für den IS steht vor allem Zarqawis Nachfolger, der Iraker Hamid al Zawi mit dem Kampfnamen Abu Bakr al Bagdadi, der sich als Emir bezeichnet, und dessen Kriegsminister al Masri.

Barbarei

Die Entführung des britischen Journalisten und Geisel von IS, James Foley, per Video ins Netz gestellt, rief eine Welle der offiziellen Empörung westlicher Regierungsstellen hervor. Der britische Premier Cameron, US-Präsident Obama, Bundesaußenminister Steinmeier (SPD), sie und andere geißelten eine Wiederkehr der Barbarei. Das war eine Vorwegnahme der vorhersehbaren öffentlichen Reaktionen in den westlichen Industrieländern. Denn tatsächlich reagieren die Menschen hierzulande empfindlich auf archaisch anmutende blutige Tötungen, während sie im Fernsehen Tötungen aus Distanz etwa durch Raketen und Schuss-

waffen, oder durch Gifte und Gase wie im US-Strafvollzug, eher gelassener hinnehmen. Dabei finden beim engsten arabischen Verbündeten der USA, Saudi-Arabien, öffentliche Enthauptungen regelmäßig statt – im Jahr 2013 insgesamt 79 – als Strafe nach der Scharia für Mord, Rauschgifthandel, Hochverrat oder Terrorismus. Zweifellos ist das nach dem Verständnis der meisten Menschen der westlichen Hemisphäre barbarisch. Aber es ist bei näherer Betrachtung Barbarei in einem insgesamt barbarischen Zeitalter. Nach zwei Weltkriegen, nach dem Genozid an Armeniern und Juden, nach den Kolonialkriegen, nach den Kriegen der USA in Vietnam, Laos und Kambodscha, nach den ethnischen Säuberungen auf dem Balkan nach dem Auseinanderbrechen Jugoslawiens, nach den Kriegen der Bush-Regierungen und ihrer »Willigen« gegen Irak und nach den Institutionalisierung der Folter durch israelische und US-»Verhörspezialisten«, vulgo Folterknechte beiderlei Geschlechts, nach der verbalen Umwidmung von Kriegen zu »Friedensmissionen« und vielem Anderen mehr – welches Entsetzen rechtfertigt da dieses Beispiel archaischer Barbarei des IS? Gleichwohl ist seine Propagandawirkung nicht zu unterschätzen, wenn es auch zu unserem Verständnis der Vorgänge in der arabischen Welt nichts beiträgt. Da nun die Barbarei als (moralisches) Unterscheidungsmerkmal zwischen westlichen Regierungen und islamischem Dschihadismus nicht taugt, werden wir in den Zielen der unterschiedlichen Parteien die wahren Differenzen finden müssen.

Während die Barbarei der industrialisierten westlichen Staaten unter Führung der USA vor allem im Dienst des Machterhalts, der Sicherung des status quo, steht, bezweckt der Dschihadismus die Schwächung der Macht und des Einflusses des Westens. Der IS geht noch einen Schritt weiter und strebt ein eigenes, staatenübergreifendes Reich auf religiösem Fundament an, eine muslimisch-religiöse Hegemonie, die er der westlichen kapitalistischen Hegemonie entgegensetzen will. Demgegenüber ist der islamische Fundamentalismus nicht notwendigerweise dschihadistisch, wie die entgegensetzten Pole Saudi-Arabien (sunnitisch) und Iran (schiiitisch) zeigen. Die Muslimbruderschaft in Ägypten und die ihr nahestehende Hamas im Gaza-Streifen sind durchaus staatsbildend bzw. staatserhaltend, ohne grundsätzlich expansionistisch zu sein. Dasselbe lässt sich von der religiös fundierten türkischen AKP-Partei sagen. Aber es gibt tatsächlich auf einer weiteren Ebene eine Gemeinsamkeit zwischen dschihadistischem und nicht-dschihadistischem islamischen Fundamentalismus: Beide Grundströmungen misstrauen aus guten Gründen den westlichen Mächten. In beiden Ausprägungen war und ist er Protest gegen die herrschenden autokratischen Regime, mehr oder weniger verdeckte Militärdiktaturen, Scheindemokratien mit Staatsparteien. Zugleich ist er auch Ausdruck des Verlangens der beherrschten Klassen nach Sicherheit, Wohlstand und durchschaubarer sozialer Ordnung in einer globalisierten Welt, an die Anschluss zu finden zunehmend schwerer fällt.

Instabilität und Zerfall

Während der Dschihadismus in Deutschland, wenn man den Medien glauben darf, vor allem auf sogenannte bildungsferne junge Männer, also Schulabbrecher, junge Arbeitslose, verurteilte Straftäter u.ä. anziehend zu wirken scheint (weshalb sie in den Rängen des IS nur untergeordnete Stellungen einnehmen), sind es in den arabischen Staaten auch junge Männer mit abgeschlossener (höherer) Schulbildung, Universitätsabsolventen, Soldaten und Offiziere aus den Armeen z. B. Iraks und Syriens, die in den

Kampf ziehen. In beiden Fällen ist es nicht eine Sache von Bildung oder Unbildung; es dreht sich in erster Linie darum, dass sie für sich in der gegebenen Gesellschaft keine berufliche und soziale Perspektive sehen. Für sie ist der Dschihad ein Versprechen für eine bessere Zukunft.¹ Allerdings bleibt er ein Versprechen, das er nicht einlösen wird, weil er weder die Wege kennt noch die Mittel hat, Lösungen für die sozialen und wirtschaftlichen Probleme der Region und ihre Bewohner zu finden. Wo der islamische religiöse Fundamentalismus die Regierungsgewalt erobert hat, wie im Falle der türkischen AKP, hat er sich der Moderne geöffnet und betreibt eine an sozialen Klassen orientierte Politik. Wirtschafts- und Sozialpolitik stehen dort im Mittelpunkt, die religiöse Ideologie wird marginalisiert (Kopftuch-Politik). Gerade dies hat die Muslimbruderschaft in Ägypten für die dort herrschende Militäroligarchie so gefährlich werden lassen: Weil diese nicht ohne Grund davon ausgehen konnte, dass eine erfolgreiche Wirtschafts- und Sozialpolitik einer Regierung unter Präsident Mursi in eine politische und schließlich auch wirtschaftliche Entmachtung des Militärs münden könnte, analog der Entwicklung in der Türkei.

In der Tat leiden fast alle Staaten des Nahen und Mittleren Ostens (NMO) – mit Ausnahme der wenigen Öl- und Gasförderstaaten am Persischen Golf, deren Herrschercliquen sich die Loyalität der meisten ihrer Untertanen durch Sozialtransfers erkaufen können – unter dem Problem, dass sie den Anschluss an die globalisierte Weltwirtschaft (mit Ausnahme weniger Sonderwirtschaftszonen) nicht geschafft haben; dass sie wie Jemen, Libyen, Irak und Syrien zerfallen oder wie Libanon, Tunesien oder Marokko nur mühsam ihre staatliche Einheit erhalten können. Erschwerend kommt hinzu, dass die Ernährungslage für die gesamte arabische Region von Jahr zu Jahr bedrohlicher wird. Die Regierungen können bereits heute die Bevölkerung nur mit massiven Nahrungsmittelimporten ernähren. Eine auch nur annähernde Selbstversorgung ist selbst in den Staaten des GCC völlig ausgeschlossen, obwohl dort große Anstrengungen u.a. mit Bewässerungsprojekten unternommen wurden. Deren Regierungen kaufen oder pachten stattdessen Anbauflächen in Entwicklungsländern Asiens oder des subsaharischen Afrikas – Flächen, die dann für die Ernährung der dort auch wachsenden Bevölkerung fehlen werden. Besonders bedrohlich zeigt sich die Lage für Ägypten: Es ist mit etwa 90 Millionen Einwohnern das bevölkerungsreichste Land der Region und die Ägypter bestreiten über ein Drittel ihrer Ernährung mit Weizenprodukten (die ärmsten Schichten decken die Hälfte ihres Nahrungsbedarfs mit Brot), weshalb der Weizenpreis ein elementares Politikum ist. Ägyptens Anbauflächen schrumpfen seit Jahren, weil immer mehr Ackerland der Urbanisierung oder dem Tourismus geopfert wird – woran die Generäle gut (mit-) verdienen – und weil die verbleibenden Flächen durch die Nilregulierung zunehmend versalzen. Die Saudis und Kuwait, die den Militärputsch gegen Mursi unterstützen, subventionieren gegenwärtig die notdürftig verschleierte Militärdiktatur unter al Sisi mit Milliardenbeträgen, mit denen der Weizen aus Weißrussland, der Ukraine und Russland bezahlt wird. Aber das wird irgendwann sein Ende finden – sichtlich lange, bevor Ägyptens Bevölkerung auf geschätzt 140 Millionen im Jahr 2050 angewachsen sein wird. Lange

1 »...Ursache für internationale Spannungen im neuen Jahrtausend... die immer schneller wachsende Kluft zwischen den armen und reichen Regionen der Welt... Beide misstrauen einander. Der Aufstieg des islamischen Fundamentalismus war ganz offensichtlich einer Bewegung zu verdanken, die sich nicht nur gegen die Ideologie, Modernisierung durch Verwestlichung auflehnte, sondern gegen 'den Westen' an sich.« (Eric Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme, München, Wien 1995, S. 692)

davor drohen dann Hungeraufstände. »Brot, Freiheit und soziale Gerechtigkeit« lauteten die zentralen Forderungen der Tahrir-Platz-Platz-Bewegung 2011.

Es wäre aber falsch, die Instabilität nur in den unterentwickelten Regionen der Welt zu suchen. Der Zerfall der Sowjetunion 1991 und die darauffolgende Neubildung z. B. der baltischen Staaten, Weißrusslands und der Ukraine haben auch auf dem europäischen Kontinent neue Grenzen entstehen lassen. Die Türkei sieht sich durch kurdische Autonomiebestrebungen an ihren Grenzen zu Irak und Syrien gefährdet, weil sie ihre eigenen kurdischen Staatsbürger als unsichere Kantonisten ansieht, die sich dadurch ermutigt fühlen könnten. In der Europäischen Union (EU) flammen immer wieder Spaltungsbewegungen in Ländern wie Italien (Lega Nord), Spanien (Katalonien und Baskenland), Belgien (Flamen und Wallonen), Vereinigtes Königreich (Schottland) auf, der Zusammenhalt der EU wie auch der Euro-Zone bleiben zerbrechlich gegen die Folgen von Wirtschafts- und Finanzkrisen. Die aktuelle Ukraine-Krise mit Bürgerkrieg und Intervention westlicher Mächte und Russlands führt vor Augen, welche Sprengkraft soziale Konflikte unter bestimmten Umständen auch in Europa auf staatliche Strukturen entfalten können, vor allem wenn nationale Minderheiten ins Spiel kommen, die von der Mehrheitsgesellschaft diskriminiert werden oder jedenfalls das Gefühl haben, nicht als vollwertige Mitglieder der offiziellen Nation anerkannt zu werden.

»Waffen werden wandern«

Die USA beschießen nun Truppen und Stellungen des IS in Irak und Syrien aus der Luft. Obama und seine westlichen Verbündeten wollen keine eigenen Bodentruppen einsetzen, stattdessen sollen etwa fünftausend Kämpfer der Freien Syrischen Armee (FSA) (»moderate Kämpfer der Opposition«) durch US-Ausbilder trainiert und mit Waffen und Material versorgt werden. Die Luftschläge gegen den IS kommen spät; vor allem dort, wo seine Truppen sich schon in wichtigen Städten Iraks und Syriens festgesetzt haben, wo sie Deckung unter der zivilen Bevölkerung nehmen können. Die Luftschläge können die Beweglichkeit der IS-Einheiten einschränken, sie können sie aber nicht aus bewohnten Ortschaften vertreiben, wenn Obama nicht Massaker unter den Einwohnern riskieren will. Erobern lassen sich die Ortschaften nur durch den Einsatz von Bodentruppen der US-Allianz, die bei einem entschlossenen und erfahrenen Kriegsgegner mit hohen Verlusten rechnen müssten. Deshalb nun das zögerliche Zugehen auf die FSA. Aber die Freie Syrische Armee ist für den Westen kein sicherer Verbündeter. Erstens ist ihre Priorität nicht der Kampf gegen den IS, sondern der gegen Assad. Deshalb hat sie in der Vergangenheit Kampfbündnisse mit der Nusra-Front, dem syrischen Al-Qaida-Ableger, geschlossen. Einheiten der Nusra-Front wiederum sind dem Vernehmen nach zum IS übergelaufen. Die Grenzen zwischen den Rebellengruppen in Syrien sind also nicht starr und unverrückbar. Auch die von Saudi-Arabien gepöppelte »Islamische Front«, die gegen Assad kämpft, hat Kämpfer an den IS verloren. »Die Kämpfer laufen der erfolgreichsten Gruppe zu«, wird Douglas Ollivant, einst Berater von George W. Bush und Barack Obama, zitiert. Im Moment profitiere davon der IS. Und: »In Kriegsgebieten sind Waffen wie Bargeld. Sie werden wandern.« (Andreas Ross in FAZ 16. 09. 2014)

Wichtiger noch als eher technisch-militärische Aspekte ist jedoch die Frage nach den politischen treibenden Kräften für die Fortsetzung der Kriege in der arabischen Welt, die nicht nur Bürgerkriege und »normale« Kriege, sondern zugleich auch Stellvertreterkriege sind. Ein Ein-

flusszentrum ist Iran, das mit Malikis Sturz als Regierungschef einen wichtigen Verbündeten in Irak verloren zu haben scheint, und das traditionell enge Verbindung zu Baschar al Assad und der schiitischen Hizbullah im Libanon unterhält. Dieses Lager gilt als Gegner der israelischen und US-amerikanischen Hegemonie in der Region. Diesem Einflusszentrum steht ein anderes unter Führung Saudi-Arabiens gegenüber, mit den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) und Ägypten, für die der Kampf gegen den Einfluss des Iran und gegen die Muslimbruderschaft bestimmend ist. Als drittes Lager kann man die Türkei im Bündnis mit Qatar sehen, die ebenso wie Saudi-Arabien den sunnitischen Islam repräsentieren, jedoch in einer dem Westen zugewandten, modernen Variante und so im Gegensatz zur religiös-fundamentalistischen Version der saudischen Monarchie. Jedes dieser Lager greift mehr oder weniger aktiv in die Kämpfe auf irakischem, syrischem, libyschem und jemenitischem Boden ein – durch Geld, Waffen und – teilweise ungewollt – durch Kämpfer. Die Lage wird noch verzwickter dadurch, dass die türkische Regierung eine ambivalente Haltung zum IS hat, weil sie das Entstehen eines kurdischen Staats an ihrer Grenze zu Syrien am liebsten unterbinden möchte. Deshalb sieht sie die Schwächung der kurdischen Kämpfer der PYD durch den IS nicht ungern, auch wenn sie den IS durchaus als Feind begreift. Aber es gibt diese Ambivalenz des türkischen Staates, weil er bis heute nicht in der Lage oder fähig ist, zu einem Ausgleich mit der kurdischen Minderheiten auf seinem eigenen Staatsgebiet zu kommen.

Dieses Aufeinanderprallen von Interessen großer regionaler Akteure, Saudi-Arabien, Iran und Türkei und der Weltmacht USA ist weit davon entfernt, den Krieg bzw. die Kriege zu verkürzen. Im Irak und in Syrien finden stattdessen Stellvertreterkriege statt, die lange andauern können, weil die Geldgeber die Kämpfe nicht auf ihrem eigenen Territorium und mit ihren eigenen Armeen austragen müssen. Es ist allerdings schwer vorstellbar, dass diese barbarische (um das Wort noch einmal zu gebrauchen) Militarisierung der Region, ihre Überversorgung mit Waffen und Kämpfern, nicht auch Rückwirkungen auf die anderen arabischen Länder – egal ob aktuell kriegsbeteiligt oder nicht – haben sollte. Aber welcher Art diese Rückwirkungen konkret sein werden, lässt sich gegenwärtig noch nicht sagen, weder im Hinblick auf Ägypten noch mit Sicht auf Saudi-Arabien und die übrigen GCC-Staaten.

Die Ströme von Flüchtlingen aus den Kampfgebieten, die zu Hunderttausenden und sogar Millionen in die umliegenden Länder fließen, stellen die aufnehmenden Regierungen vor große finanzielle und soziale Probleme; sie führen sicherlich zu wachsenden sozialen Spannungen in Ländern, deren Staaten und Bürger wesentlich ärmer sind als die des westlichen Europa, wo bereits vergleichsweise kleine Flüchtlingswellen aus dem Ausland schwere innenpolitische Auseinandersetzungen auslösen. Viele Staaten des afrikanischen Kontinents nördlich wie südlich der Sahara versinken in Krieg, Bürgerkrieg und Anarchie. Der Zusammenprall mit dem globalisierten Kapitalismus und seinen Hauptprotagonisten, den großen westlichen Industrieländern, ist ihnen nicht gut bekommen. Ihre Bewohner müssen Wege finden, die Arbeitsproduktivität in ihren Ländern massiv zu steigern und ihre Infrastruktur auszubauen, um Anschluss an die entwickelte Welt zu finden, wenn sie nicht in Armut und Rückständigkeit verbleiben wollen. Aber die wirtschaftlichen und politischen Interessen ihrer herrschenden Klassen stehen in vielen dieser Länder im Gegensatz zu einem entsprechenden Entwicklungsweg.

16. 11. 2014 ■



■ DIE ORDNUNG DES SYKES-PICOT-ABKOMMENS VON 1916 IM NAHEN OSTEN ZERBRICHT

Irak – Beispiel eines »failed state«

Unter dem Druck des »Islamischen Staates« (IS) scheint die staatliche Ordnung im Nahen Osten zu zerfallen und sich in religiös inspirierte Gewaltpolitik aufzulösen. Die Wurzeln des IS liegen im Irak, über den syrischen Bürgerkrieg kehrte er dorthin umso aggressiver zurück. Der staatliche Zerfall des Irak ist Teil einer langen Kette von sogenannten failed states (gescheiterten Staaten), die 1991 mit dem Sturz Siad Barres in Somalia begann und als deren gemeinsame Ursache im vorstehenden Artikel (S.5) »Zusammenstoß der globalisierten kapitalistischen Welt mit rückständigen und stagnierenden Gesellschaften« benannt wurde. In den einzelnen Ländern und Regionen stellt sich das sehr unterschiedlich dar und hängt von den historisch gewachsenen Bedingungen ab. Im Irak treffen in neuerer Zeit zwei Ereignisketten zeitlich versetzt aufeinander: einmal der Zusammenstoß mit den Interessen des Westens, die kapitalistische Weltordnung und die Verfügbarkeit von Energieressourcen im Nahen Osten zu behaupten (die Golfkriege 1991 – 2003), und zum zweiten die Renaissance des Islams, die in der Khomeini-Revolution im Iran (1979) begann und in der Phase des »Arabischen Frühlings« ab 2010 noch einmal Schub erhielt. Der IS ging aus dem arabisch-sunnitischen Widerstand im Irak gegen die amerikanische Besatzungsmacht hervor und stellt damit eine Verbindung aus beiden Wurzeln dar.

Ein Zentrum im frühen Islam

Während des europäischen Mittelalters war Bagdad das Zentrum des islamischen Reiches, das über Ägypten und den Maghreb bis einschließlich Spanien reichte und dessen kulturelles und wissenschaftliches Niveau das damalige Europa weit überragte. Es wurde von Kalifen geleitet, den Nachfolgern des Propheten, die religiöse und staatliche Aufgaben miteinander verbanden. Als die Mongolen 1258 Bagdad überrannten, wurde das Kalifat nach Kairo verlegt, von dort nach der Eroberung Ägyptens durch die Osmanen 1517 nach Istanbul. Dort schaffte es die türkische Republik 1924 ab. Nach einem kurzen Versuch des Sherifen von Mekka, das Kalifat an seinen Ursprungsort zurückzuholen, fand diese Geschichte ihr vorläufiges Ende. Später gab es immer wieder Erneuerungsversuche, bei denen es jedoch nicht gelang, allgemeine Anerkennung zu finden.

Unter türkischer Herrschaft ab 1534 spielte der heutige Irak nur noch eine Nebenrolle. Außenpolitisch war die Region nicht unwichtig als Verbindung zum Indischen Ozean und als Barriere gegen den Iran, doch darüber hinaus hatten die

Osmanen an der wirtschaftspolitischen Entwicklung ihrer Provinzen kein Interesse. Wie in Feudalreichen üblich, gab es im Osmanischen Reich keine zentrale Verwaltung des gesamten Staatsgebietes. Die Regierung des Sultans in Istanbul begnügte sich mit der Ernennung und Kontrolle der lokalen Machthaber in den drei Provinzen Bagdad, Basra und Mossul, der Ablieferung von Steuern und der Gstellung von Streitkräften. Diese Gebietseinteilung entsprach nur grob den Siedlungsräumen der Sunniten, Schiiten und Kurden. Die schiitische Bevölkerungsgruppe war von öffentlichen Ämtern ausgeschlossen, durfte aber ihre inneren Angelegenheiten, z. B. eigene Schulen, Moscheen und Steuern, selbst regeln. Daher gab es in ihren Gebieten eine ausgeprägte schiitische Geistlichkeit. Die Sunniten waren jedoch diejenigen, die insgesamt den Ton angaben.

Regionale Vormacht unter dem Baath-Regime

Im Sykes-Picot-Abkommen zwischen den Regierungen Großbritanniens und Frankreichs vom 16. Mai 1916 wurde der Nahe Osten nach Zerschlagung des Osmanischen Reiches aufgeteilt. Das neugebildete Königreich Irak kam als Völkerbundsmandat unter britische Herrschaft. Den Hintergrund bildeten Ölkonzessionen, die schon in den letzten Jahren der osmanischen Zeit eine Rolle gespielt hatten, und die jetzt in die Iraq Petroleum Company (mit ausschließlich britischen, niederländischen, amerikanischen und französischen Anteilseignern) überführt wurden. In der Revolution von 1958 wurde die Monarchie gestürzt, die britischen Truppen mußten das Land verlassen. Nach einer Reihe von Putschen und Gegenputschen kam 1963, endgültig 1968 die Baath-Partei zur Macht, in der bereits Saddam Hussein eine, ab 1979 die führende Rolle spielte.

Die Republik versprach, das damals im gesamtarabischen Raum zwischen Bagdad und Algier populäre Konzept eines »Arabischen Sozialismus«¹ umzusetzen. Für

1 Hierbei handelte es sich um ein Entwicklungsmodell für abhängige, postkoloniale Länder in der arabischen Welt, das seine Blütezeit zwischen dem Aufstand der »Freien Offiziere« um Nasser in Ägypten 1952 bis zur Niederlage arabischer Truppen im Sechstagekrieg 1967 hatte. Die Hauptvarianten fanden sich in Ägypten (Nasser), Libyen (Gaddafi), Sudan (Numeiri), Algerien (Ben Bella, Boumedienne) und in den Regimes der Baath-Partei in Syrien und Irak (welche allerdings untereinander komplett verfeindet waren). Der Unterschied zum Marxismus war nicht zu übersehen: Statt Klassenkampf und Vergesellschaftung der Produktionsmittel ging es bei dieser Art von »Staatssozialismus« um deren »Nationalisierung«, um wohlfahrtsstaatliche Versorgung und Disziplinierung der Massen, ideologisch um Volksgemeinschaft, antikolonialen

das Regime waren zwei ökonomische Faktoren von entscheidender Bedeutung: die Verfügung über eine möglichst lange Strecke der Wertschöpfungskette in der Ölproduktion bis zur Vermarktung und ein möglichst hoher Weltmarktpreis, von dem genügend abfiel für die Gestaltung der Verteilungsverhältnisse durch Sozialpolitik. Die Verstaatlichung der Iraq Petroleum Company (1972) war daher ein zentraler Schritt, denn der Hauptanteil der Staatseinnahmen stammte aus der Ölförderung. Bis zum Untergang des Baath-Regimes und danach gab es nur wenige Ansätze von Diversifikation der irakischen Wirtschaft. Der Reichtum (zwischen 1973 und 1978 stiegen die Einnahmen aus dem Ölgeschäft von 1,8 auf 23,6 Mrd. \$)² diente zwar nicht dazu, den Sozialismus aufzubauen, ermöglichte aber einen Wohlfahrtsstaat, der die Loyalität der Bevölkerung sicherte. Die Verfügungsgewalt über das Produktivvermögen der IPC war ein entscheidender Hebel zur Staatswerdung des Irak unter der Diktatur der Baath-Partei Saddam Husseins. Die sunnitischen Araber (20 %) sind die kleinste der drei großen Bevölkerungsgruppen, aber sie hatten die Macht in der Ölwirtschaft, im Staatsdienst und im Militär. Die Baath-Partei selbst, so eine Einschätzung, glich »*eher einem Häuflein verzweifelter, machthungriger Verschwörer*«³. Das alles muß man sich vor Augen halten, um zu erfassen, welchen Druck es erforderte, einen Staat, den es vor 1920 nie gegeben hatte, durch die herrschende und privilegierte Minderheit von einem Fünftel der Bevölkerung zu organisieren bzw. welchen Frust es für diese heute bedeutet, ihre frühere Macht verloren zu haben. In der Zeit des Baath-Regimes (1963 – 2003) kam es immer wieder zu Aufständen der Schiiten und der Kurden, zu entsprechend gewaltsamen Unterwerfungen dieser Rebellionen und zu blutigen Verfolgungen politischer Gegner, z. B. der Kommunisten.

Reichtum und Einfluß, die aus der Ölwirtschaft folgten, dienten auch dazu, den Irak zu einer Regionalmacht aufzubauen. Hier prallte das Regime mit den Interessen des Westens zusammen, und das zu einer Zeit, wo der Rückhalt am sozialistischen Lager der Sowjetunion nachließ und schließlich ganz wegfiel. In verhältnismäßig kurzer Zeit und einigen spektakulären Fehlkalkulationen manövrierte es sich in den eigenen Untergang. Der erste Akt war der Krieg gegen den Iran (1980 – 1988), der formell um Grenzansprüche geführt wurde. Tatsächlich ging es darum, dass Bagdad von der Konsolidierung des Khomeini-Regimes in Teheran eine Stärkung der Schiiten im Irak fürchten mußte, die einen neuen Aufstand mit dem Ziel der Spaltung des Landes wagen könnten. Andererseits vermeinte das Baath-Regime eine günstige Gelegenheit nutzen zu können, weil es die militärische Stärke des Iran fahrlässig gering einschätzte. Die Folge war ein achtjähriger unentschiedener Krieg, an dessen Ende die irakische Wirtschaft am Boden lag.

Zur Lösung dieses Problems forderte Bagdad in der OPEC, dem kartellartigen Zusammenschluß ölexportieren-

Nationalismus, Panarabismus und auch Islam. Für den globalen Rückhalt gegen die ehemaligen Kolonialmächte setzten diese Regimes, auch das von Saddam Hussein in Bagdad, auf die Sowjetunion. Deshalb nannten sie sich zeitweilig »sozialistisch«, während sie gleichzeitig kommunistische und gewerkschaftliche Organisationen wie jede andere Opposition verfolgten.

2 Sandra Mackey, *Der arabische Traum*, Bergisch Gladbach 1995, S. 418; die Autorin fährt fort: »Mit Hilfe dieser Geldspritze begann die Baath-Regierung, den Irak aus einem rückständigen Agrarstaat in einen aufblühenden Industriestaat zu verwandeln. Im Modernisierungswettbewerb erhöhten sich die Regierungszuschüsse für die Industrie um das Zwölfwache, für das Transportwesen um das Elffache und für den Wohnungsbau um das Neunfache. Bewässerungssysteme, Autobahnnetze und Elektrizität erreichten in der flachen Landschaft alle Dörfer und Städte.«

3 arpo 5/1991, Buchsprechung: Slugett/Slugett, *Der Irak seit 1958. Von der Revolution zur Diktatur*, Frankfurt 1991.

der Länder mit ca. 40 % der Weltproduktion, eine durchgreifende Erhöhung der Ölpreise. Saudiarabien und Kuwait verweigerten das. Saddam Hussein ließ Kuwait militärisch besetzen. Die Folge war der Angriff der USA im zweiten Golfkrieg (1990/1). Die militärische Niederlage, die über kurdischen und schiitischen Siedlungsgebieten errichteten Flugverbotszonen sowie das von der UNO verhängte Embargo schwächten das Baath-Regime bis ins Mark. Die vor der Selbstaflösung stehende Sowjetunion hatte dem zugestimmt, wenige Monate später war sie selbst verschwunden. Die endgültige Besetzung des Irak durch amerikanische Bodentruppen im dritten Golfkrieg 2003 mit der Liquidierung Saddam Husseins war das Ende des Baath-Regimes.

In diesem letzten Akt ging es nicht um die angebliche Bedrohung Israels oder anderer Nachbarstaaten durch Massenvernichtungswaffen. Das war eine dreiste Lüge der Führung in Washington, ein billiger Vorwand – das Regime war dazu nicht mehr in der Lage. Es ging vielmehr um die endgültige Abrechnung mit einer Regionalmacht, die zeitweilig aus dem Ruder gelaufen war und postkoloniale Machtverhältnisse zu revidieren versucht hatte. Sie konnte aufgrund ihres natürlichen Ölreichtums, etwa nach Aufhebung der im Namen der UNO verhängten Sanktionen, erneut zum Störenfried werden – an einer sensiblen Stelle der Weltordnung des globalen Kapitalismus. Das galt es aus Sicht von Washington und seinen Verbündeten endgültig zu regeln.

Der Zweck des Krieges war die »*Zementierung der Weltordnung ... eine einheitlich kapitalistische Welt unter imperialistischer Vorherrschaft des Westens mit den USA unumschränkt an der Spitze. Die Ressourcen dieser Welt (Märkte, Rohstoffe, Arbeitskräfte) müssen den hochkapitalisierten westlichen Gesellschaften zur Ausbeutung und Sicherung ihres hohen Lebensstandards zur Verfügung stehen. In dieser Welt darf es keine Macht mehr geben, die – wie seinerzeit die Sowjetunion – den USA Schranken setzen könnte. Dies gilt nicht nur für potenzielle Rivalen wie die EU, China oder Rußland, sondern auch für kleine regionale Machtzentren wie den Irak, Iran, Nordkorea, die sich diesem Hegemonie-Anspruch zu widersetzen versuchen.*« (arpo 1/2003, S. 3).

Repression gegen Kurdistan

Etwa 75 – 80 % der heute im Irak lebenden Bevölkerung sind Araber, 15 – 20 % sind Kurden. 97 % der Bevölkerung sind muslimisch, über 60 % davon Schiiten und zwischen 32 und 37 % Sunniten (der Rest Christen, Yesiden u. a.). Die große Mehrheit der muslimischen Kurden ist sunnitisch. Das Baath-Regime hatte alle Regungen unterdrückt, von denen es die Gefährdung der Existenz des Staates unter seiner Führung, d. h. eines arabisch-sunnitischen Clans, erwarten mußte. Dazu gehörten politische Fraktionen (wie die Kommunisten, deren Partei in der Frühzeit der Diktatur zerschlagen wurde) und ethnisch-religiöse Gruppen wie die Schiiten und die Kurden.

Die KurdInnen sind nach ihrem Selbstverständnis das weltweit größte Volk (ca. 25 – 30 Mio.) ohne eigenen Staat. Bekanntlich gibt es kurdische Bevölkerungsgruppen in der Türkei (ca. 14 – 15 Mio., damit die weitaus größte Teilgruppe), im Irak (ca. 5 Mio.), Iran (ebenfalls ca. 5 Mio.) und Syrien (ca. 1,5 Mio.) – alle diese Angaben sind mit Vorsicht zu genießen und stellen nur die Vorstellung eines ungefähren Kräfteverhältnisses dar. Keine der Teilungsmächte hat irgendein Interesse an einer kurdischen Autonomie oder gar völkerrechtlichen Souveränität.

Politisch sind Kurden nicht gleich Kurden. Die Gebiete in der Türkei und in Syrien orientieren sich an der PKK bzw.

deren syrischen Schwesterpartei PYD. Diese kämpfen nicht einfach für nationale Unabhängigkeit von oder geregelte Autonomie in dem jeweiligen Teilungsstaat, sondern auch für gesellschaftliche Ziele, etwa die sozialen Rechte der ArbeiterInnen, Gleichstellung der Frauen, gleichberechtigtes Zusammenleben von Ethnien und Religionen etc. Von Sozialismus ist allerdings nicht die Rede, das Recht auf Privateigentum an Produktionsmitteln wird anerkannt. Auf diese komplexen Zusammenhänge, die mit der Gründung der PKK 1978 und dem Beginn des bewaffneten Kampfes gegen den türkischen Staat 1984 ihren Anfang nahmen, können wir hier nicht ausführlich eingehen. Sie sind aber ein wesentlicher Faktor im Verhältnis der kurdischen Organisationen untereinander sowie zur Türkei, dem Assad-Regime in Syrien und der implodierenden irakischen Zentralregierung in Bagdad.

Von ganz anderer Art sind die beiden großen kurdischen Parteien in Nordirak. Es handelt sich hier um die KDP (Demokratische Partei Kurdistans), derzeit unter Führung von Massud Barzani, auch Präsident der Autonomen Region Kurdistan, und die PUK (Patriotische Union Kurdistans) unter Dschalal Talabani, bis vor wenigen Monaten auch Staatspräsident des Irak (dieses Amt im Gesamtstaat steht in der Verfassung von 2005 den Kurden zu). Die Programmatik beider Parteien geht über den regionalen Autonomieanspruch kaum hinaus, dessen materielle Grundlage besonders in den Erdölvorkommen der Region zu sehen ist. Hierzu gehört die Forderung nach Einbeziehung von Stadt und Umgebung von Kirkuk, das das Zentrum der irakischen Erdölförderung ist. Das Baath-Regime hatte durch gezielte Bevölkerungspolitik dafür gesorgt, eine Mischung aus Arabern, Kurden und Turkmenen in der Stadt herzustellen, die den ethnisch begründeten Anspruch auf Zugehörigkeit Kirkuks zur kurdischen Region unterminieren sollte. Egal, unter welchem Regime sich Bagdad befindet, den kurdischen Teil mit seinen Erdölquellen kann keine irakische Regierung aufgeben. Nach dem Sturz Saddams wurde Kirkuk nicht der Autonomen Region Kurdistan zugeschlagen, die Auseinandersetzungen darum dauerten vielmehr an. In der derzeitigen Zerfallskrise des Irak hat die kurdische Autonomieregierung durch militärische Besetzung der Stadt Fakten geschaffen.

Im übrigen stehen KDP und PUK in Konkurrenz zu einander sowie zur PKK. Sie schließen Bündnisse oder bekämpfen sich je nach Lage und Gelegenheit. Die bewaffnete Macht der Autonomen Region, die Peschmerga, besteht im Kern aus den Parteimilizen, die jedoch bei Bedarf auch gegeneinander eingesetzt werden können, wie in den Konflikten der neunziger Jahre um die Verfügungsgewalt über die Ressourcen der Selbstverwaltung der Region in der Hauptstadt Erbil. Auch in der Außenpolitik bilden nicht gesellschaftspolitische Fragen die Kriterien ihrer Strategie, sondern sie gehen Bündnisse mit den Kräften ein, die ihnen in der Auseinandersetzung mit Bagdad nützlich erscheinen. So zählten sie im irakisch-iranischen Krieg auf Teheran, in den beiden nachfolgenden Golfkriegen auf die USA. Das Baath-Regime rächte sich mit blutiger Unterdrückung, z. B. in der Anfal-Operation 1988/9 mit dem verheerenden Genozidangriff auf Halabdscha mittels Giftgas u. a. aus deutscher Produktion⁴. Im Ergebnis des letzten Golf-

kriegs wurde ihre Autonomie 2005 in der irakischen Verfassung festgelegt.

Das bestimmt auch ihr Verhältnis zur PKK in deren Auseinandersetzung mit der türkischen Regierung. Selbstverständlich hat Ankara generell einen Horror davor, dass sich in der Nachbarschaft etwas bildet, das Ähnlichkeit mit einem kurdischen Staat hätte und daher die Strategie der PKK stützen könnte, nicht nur propagandistisch, sondern konkret durch militärische und logistische Unterstützung und die Bereitstellung von Rückzugsräumen. Dies hat es zeitweise gegeben, wogegen das türkische Militär im Dezember 2007 durch Bombardierung von PKK-Stellungen im irakisch-kurdischen Gelände bewies, dass ihm völkerrechtliche Grenzen ziemlich egal sein können, wenn USA und NATO-Verbündete insgeheim dahinter stehen. Also lenkte die Autonomieregierung in Erbil ein. Dem konnte auch Barzani etwas abgewinnen, weil auf diese Weise Bagdad als Papiertiger vorgeführt werden konnte, der sein eigenes Staatsgebiet nicht verteidigen kann, und die Autonome Region Kurdistan Gelegenheit bekam, auf internationaler Ebene zu agieren. Es stärkte den Verselbständigungskurs gegenüber Bagdad. Für die Türkei ist es möglich, den PKK-Chef Öcalan im Gefängnis schmoren zu lassen und gleichzeitig mit dem KDP-Führer Barzani Geschäfte zu machen. Ob ein nicht mehr nur »autonomes«, sondern völlig verselbständigtes Südostkurdistan dieses Zusammenspiel verändern würde, muß in der Dynamik der sich gegenwärtig überstürzenden Ereignisse noch offen bleiben.

Auch wenn das Folgende nicht zu Irak gehört, sei es der Vollständigkeit halber erwähnt: Der Nordstreifen von Syrien ist überwiegend (genau läßt sich das nicht abgrenzen) kurdisch besiedelt; er trägt aus kurdischer Sicht die Bezeichnung Rojava. Die vom IS belagerte Stadt Kobani ist ein Teil davon. Zu diesem Gebiet hat Ankara eine klare Position: Es ist Einflußgebiet der PKK bzw. PYD und darf keinesfalls unabhängig werden oder sich mit anderen kurdischen Gebieten vereinigen. Im Sommer 2012 ermöglichte der Rückzug der syrischen Armee der PYD, gemeinsam mit anderen Gruppierungen im Norden Syriens Selbstverwaltungsstrukturen aufzubauen, um den durch den syrischen Bürgerkrieg entstandenen Mißständen in Verwaltung und Versorgung der Bevölkerung zu begegnen und auch zu versuchen, ihre gesellschaftspolitischen Vorstellungen umzusetzen. Ihre Streitkräfte tragen die Bezeichnung YPG (Volksverteidigungseinheiten). Ein Einmarsch der türkischen Armee, um die Region vor dem IS zu »retten«, wird weitgehend abgelehnt, denn dann ist es mit kurdischer Autonomie in Rojava vorbei.

Der Irak nach den Golfkriegen

Die USA und ihre Verbündeten richteten nach ihrem Einmarsch in Bagdad ein Besatzungsregime von etwa einjähriger Dauer unter dem Amerikaner Paul Bremer ein. Dessen Aufgaben waren: politisch die Auflösung der irakischen Armee und der Baath-Partei, »Entbaathifizierung« von Regierung, Parteiensystem und Verwaltung, Vorbereitung einer Verfassung nach westlichem Muster; wirtschaftlich die Öffnung des Landes nach außen durch Abschaffung von Zöllen und Einfuhrsteuern, Privatisierung aller staatlichen Betriebe für Einheimische wie Auswärtige, Erlaubnis zur Transferierung der Gewinne ins Ausland, Senkung der Gewerbesteuern auf 15 % etc., insgesamt also ein umfassendes neoliberales Programm. Irakische Firmen hatten bald gegenüber der überlegenen auswärtigen Konkurrenz

⁴ Westliche, darunter deutsche Firmen rüsteten den Irak auf. 70 % der Giftgasanlagen im Irak kamen von deutschen Firmen, 90 % der Lieferungen, mit deren Hilfe die Iraker an der Verbesserung von Scud-Raketen arbeiteten und eigene Raketen produzierten, kamen aus Deutschland, deutsche Firmen spielten eine zentrale Rolle bei der Entwicklung des Gaszentrifugenprogramms zur Urananreicherung im Irak; ohne Billigung der Bundesregierung bzw. des nachgeordneten Bundesamts für

Wirtschaft in Eschborn, zuständig für Ausfuhrgenehmigungen, wäre das in diesem Umfang nicht möglich gewesen.

das Nachsehen, die Löhne wurden binnen Jahresfrist halbiert (u. a., weil von den früheren irakischen Gesetzen ausgerechnet das in Kraft blieb, das die Gewerkschaften daran hinderte, ihren eigentlichen Aufgaben nachzukommen).

Die Lage der Bevölkerung war überwiegend verzweifelt; seit 1980 hatte sie nahezu ständig im Kriegszustand oder unter dem Druck der von außen verhängten wirtschaftlichen Sanktionen gelebt und war entsprechend ausgepowert. In den ersten Jahren nach der Besetzung des Landes waren Hunderttausende, nach Schätzungen der Entwicklungshilfeorganisation Oxfam bis zu zwei Millionen auf der Flucht. Den 100.000 Kriegsopfern sind Zehntausende zuzurechnen, die den zahlreichen Bombenanschlägen, Geiselmorden, bewaffneten Konflikten usw. des irakischen Widerstandes gegen das Besatzungsregime und dessen Gegenmaßnahmen zum Opfer fielen. Die Wirtschaft kam unter diesen Bedingungen nicht in Gang. Die Einnahmen aus dem Ölgeschäft lagen 2004 etwa so hoch wie 1980 (was nicht nur mit Kriegsfolgen zu tun hatte, sondern damit, dass der technische Stand der Förderanlagen rückständig war). Besonders litt die Bevölkerung unter dem maroden Zustand der Elektroversorgung, die in der Sommerhitze von bis zu 50 Grad zum Ausfall der Klimaanlage führte.

Die Bedingungen für einen anhaltenden Widerstand gegen die Besatzungsmacht in der Form eines Guerillakriegs waren schlecht: Die Topografie des Landes bietet keinen natürlichen Schutz, außer im Norden, dort aber wohnten die Kurden, die kein Interesse am Erhalt des Irak als Gesamtstaat hatten. Dazu kam die historische Tradition: Die Zersplitterung in die drei wichtigsten Ethnien der sunnitischen Araber, der Kurden und der schiitischen Araber setzte sich fort und wurde in der 2005 verfassungsmäßig festgelegten Regionalisierung der politischen Macht noch verstärkt. Ihre Ziele – soweit sie sich jeweils auf einen Nenner bringen ließen – waren grundverschieden. So waren es im wesentlichen sunnitische Kräfte, besonders in der Region Tikrit, die die Besatzungsmacht angriffen; aus ihrer Mitte entwickelte sich »Al Qaida im Irak«, heute bekannt als »Islamischer Staat« (IS, siehe nachfolgenden Artikel). Die Kurden begannen, ihre regionale Autonomie umzusetzen und zu staatlicher Selbständigkeit weiterzuentwickeln.

Die Schiiten, deren Mehrheitsposition nun parlamentarisch wirksam werden konnte, blieben im Großen und Ganzen ruhig, sie konzentrierten sich darauf, ihre Mehrheit im parlamentarischen System nach westlichem Vorbild zur Geltung zu bringen. Traditionell fügen sich Schiiten ihrer gegebenen Obrigkeit, weshalb sie in der Region des heutigen Irak unter den verschiedenen, durchweg sunnitisch dominierten Herrschaftsformen nicht allzu viel zu leiden, aber noch weniger zu sagen hatten. Den USA waren sie natürlich suspekt wegen der vermuteten Nähe zu Teheran. Sie nahmen daher nicht, wie die kurdischen Peschmerga, auf US-Seite am Krieg gegen das Baath-Regime teil. Unter dem Einfluß ihres höchsten Geistlichen, al-Sistani, war schon die erste Regierung nach dem Systemwechsel mehrheitlich schiitisch besetzt. Dass es trotzdem zeitweise nach Bürgerkrieg zwischen Sunniten und Schiiten aussah, lag an der Präsenz der schiitischen Sadr-Miliz, über deren Mannschaftsstärke extrem unterschiedliche Zahlen (von 5.000 bis 160.000) kursieren. Die Schiiten in Bagdad leben im Stadtteil Sadr (etwa 1,8 Mio. Einwohner), der ein Slum mit entsprechenden sozialen Problemen ist. Sie werden von den sunnitischen Widerstandsorganisationen als vermutete Kollaborateure der USA (obwohl die Sadr-Miliz auch gegen die US-Streitkräfte Anschläge verübte) angefeindet, entsprechend eskalieren die Auseinandersetzungen. Im Laufe der Jahre kam es zu einer Einigung der beiden wich-

tigsten schiitischen Richtungen, Sistani und Sadr, die irakische Verfassung zu akzeptieren und keinen gesonderten Schiitenstaat anzustreben.

Vor Ausbruch des syrischen Bürgerkriegs bestand der Irak aus drei autonom regierten Gebieten, die sich mühsam stabilisiert hatten. Unter dem Druck der Angriffe der IS-Truppen scheint dieser prekäre Zusammenhang zur Zeit zu zerbrechen: Während die schiitische Richtung des Großayatollahs al-Sistani an der Einheit des Irak in seiner jetzigen Form offenbar festhalten will, drängen die Sunniten und Baathisten zurück zur Macht, die Kurdenparteien KDP und PUK zum eigenen Staat.

Das Scheitern der Regierung Maliki

Die Parteien des irakischen Exils, die nach dem Sturz des Baath-Regimes zurückkehrten, hatten überwiegend konfessionelles Gepräge. Dies bestärkte das Besatzungsregime in der Auffassung, dass die einfachste Lösung darin bestehe, die Macht mittels formaler Strukturen unter diesen Gruppen aufzuteilen. Politische Vereinigungen und parlamentarische Vertretungen nach ethnisch-religiösen Quoten zu organisieren, führte dazu, dass die sunnitisch-arabische Bevölkerung mit ihrem Anteil von nur 20 % benachteiligt fühlte. Da nach dem Zusammenbruch des Staates und der Auflösung der Armee enorm viele Waffen im Lande verfügbar waren, bildeten sich Milizen und dschihadistische Gruppen. Mithilfe der Besatzungsmacht und allmählich der neuen irakischen Armee unterdrückte die Regierung diese Aufstände. Besonders schwere Kämpfe zwischen amerikanischen, britischen und irakischen Truppen auf der einen, sunnitischen Kampfgruppen auf der anderen Seite fanden im April und im November 2004 in der sunnitischen Hochburg Falludscha statt. Auch nach dem weitgehenden Truppenabzug der Amerikaner 2010 zeigte sich der Irak politisch labil, besonders im sunnitischen Gebiet kommt es häufig zu Aufständen. So hatte es im Dezember 2011 schwere Auseinandersetzungen in der nördlich von Bagdad gelegenen Provinz Salahaddin gegeben, in deren Verlauf die sunnitischen BewohnerInnen Autonomie verlangten, die Regierung Maliki ihnen aber mit der Armee drohte.

Nuri al-Maliki, von 2006 bis 2014 Ministerpräsident, stammt aus der schiitischen Dawa-Partei. Im irakisch-iranischen Krieg hatte er auf der Seite Teherans gekämpft und war 1980 zum Tode verurteilt worden, konnte jedoch fliehen. Er brachte in seiner Regierungszeit den sunnitischen Bevölkerungsteil durch Bevorzugung der schiitischen Mehrheit, aber auch die Kurden und den Süden des Landes immer mehr gegen sich auf. Die materielle Lage der großen Mehrheit der Bevölkerung verbesserte sich nicht, die Arbeitslosenrate stagnierte bei 40 %. Auch zu den USA verschlechterten sich die Beziehungen, u. a. weil die Privatisierung der Ölwirtschaft entgegen der Absprachen nicht durchgeführt wurde. Daher setzte sich in der Krise von 2014 auch US-Außenminister Kerry für Malikis Rücktritt ein, der im August 2014 erfolgte. Der Bürgerkriegssituation im Irak sowie im benachbarten Syrien, das phasenweise Vordringen des IS (am 13. Oktober 2014 standen IS-Truppen 25 km vor dem Flughafen von Bagdad und wurden dort durch amerikanische Kampfhubschrauber gestoppt) und die Unabhängigkeitsbestrebungen der Kurden im Nordirak stellen das Gesamtgebilde Irak massiv infrage.

13.10.2014 ■

Verteilungskampf um die Ressourcen der Region

Der Islamische Staat (IS) im Nahen Osten übt eine internationale Faszination aus. Für die bürgerliche Politik und mediale Öffentlichkeit im Westen ist er die »Terrormiliz«, doch sind hier nicht humanitäre Empfindungen erkenntnisleitend, sondern das Erschrecken darüber, dass er die imperialistische Weltordnung an einem sensiblen Punkt in Frage stellt. Für unterdrückte und ausgebeutete Schichten in der Weite der islamisch orientierten Welt, auch für marginalisierte Gruppen in Europa stellt er eine Art Alternative dar, die ideologisch offenkundig in der Religion des Islams in weitestem Sinne wurzelt, ohne die mit dem Anspruch auf das »Kalifat« verbundene allgemeine Anerkennung erreichen zu können. Die innerreligiösen Debatten interessieren uns hier ebenso wenig wie entsprechende in anderen Weltreligionen, uns geht es um die realen gesellschaftlichen und politischen Wurzeln. Im Kern ist es ein Verteilungskampf um die Reichtümer der Region. Der IS verbindet offenbar die Zielsetzung, einen eigenständigen Platz der Region des Nahen Ostens im globalen Kapitalismus zu finden, mit antimodernistischen Utopien und reaktionären Herrschafts- und Unterdrückungsmethoden.

Entstehung der IS-Organisation

Die Organisation »Islamischer Staat« (IS) hat ihren Ursprung in dem vielfach zersplitterten irakischen Widerstand gegen die amerikanische Besatzungsmacht. Sie hat mehrfach ihre Bezeichnung geändert und zuletzt (2014) darin jeden territorialen Bezug auf Irak, Syrien oder die »Levante« (d. h. kleinasiatische Küstenregion) gestrichen. Zeitweilig bezeichnete sie sich als »Al Qaida im Irak«. Ab 2006 nannte sie sich ISI (Islamischer Staat im Irak) und rief einen solchen im sunnitischen Teil des Irak aus. 2013 trennte ISI sich von Al Qaida, nahm den neuen Namen ISIS (Islamischer Staat im Irak und in Syrien) an und versuchte gleichzeitig, sich die syrische Al Nusra einzugliedern. Von da an datiert sein Eingreifen in den syrischen Bürgerkrieg. Er finanziert(e) sich durch »Spenden« aus Katar, Kuwait, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten, jedoch zunehmend von Einnahmen aus eroberten Ölquellen, dazu von Menschenhandel (Entführungen zur Lösegeldpressung, Frauen als »Bräute«), der Plünderung antiker und islamischer Grabstätten und Museen etc.; bei der Eroberung von Mossul sollen aus der dortigen Filiale der irakischen Zentralbank 420 Mio. \$ erbeutet worden sein.

Die Bewaffnung stammt zum großen Teil aus erbeuteten Beständen der irakischen und der syrischen Armee. Viele Rebellen, die sich lokal dem IS anschließen, sollen nicht-radikale sunnitische Iraker sein, die sich aus Protest gegen die schiitische Maliki-Regierung dafür entscheiden, darunter viele überlebende Führungskräfte aus dem Dunstkreis von Saddam Hussein. Schätzungen der Truppenstärke variieren; Wikipedia nennt folgende Angaben: »Schätzungen des US-Außenministeriums vom Mai 2013 bezifferten die Truppenstärke von ISIS im Irak mit 1000 bis 2000, Schätzungen eines Irak-Experten der Friedrich-Naumann-Stiftung vom Juni 2014 gehen jedoch von 10.000 bis zu 15.000 Mann aus. In Syrien wurde die Anzahl der Kämpfer von ISIS je nach Quelle auf 3000 bis 8000 geschätzt. Im August 2014 berichtete der Leiter der syrischen Beobachtungsstelle für

Menschenrechte, Rami Abdel Rahman, von 50.000 Mann, die mittlerweile in Syrien kämpfen – 20.000 davon seien aus dem Ausland, laut Schätzungen der EU-Kommission sind 2000 davon aus Europa. Der Sprecher des US-Auslandsgeheimdienstes CIA, Ryan Trapani, sagte im September 2014, er gehe von 20.000 bis 30.000 Kämpfern aus.«

Unterstützung von außen

Die Unterstützung, die der IS aus den genannten Staaten der Region, der Türkei und den USA erhält, wird viel diskutiert, ist in den Einzelheiten umstritten, im Prinzip jedoch unzweifelhaft. Es geht nicht darum, ob, sondern in welchem Ausmaß und welchen Formen dies geschieht bzw. welchen Einfluss es auf die Zielsetzung und Strategie des IS hat. Statt breiten Verschwörungstheorien Raum zu geben, sollte man versuchen, die zugänglichen Fakten einzuordnen. Demnach ist der IS als eigenständige Kraft aus den Verhältnissen der Region, insbesondere des Irak, entstanden und spiegelt deren Probleme wider. Dort war er jedoch über Jahre nur eine von vielen militanten Milizen. Erst sein Eingreifen in den syrischen Bürgerkrieg ab 2013 erregte die Aufmerksamkeit Derjenigen, die auf den Sturz des Assad-Regimes abzielen, insbesondere der Türkei und der USA.

Der türkischen AKP-Regierung wird die logistische Unterstützung der IS-Kämpfer durch Offenhalten der Grenzen vorgeworfen, wodurch diese ein ausgedehntes Hinterland zur Verfügung haben. Unstrittig ist, dass Ankara massive Interessen hat, die Aktivitäten des IS zu nutzen: 1. Die regionale Großmachtpolitik Erdogans zielt darauf ab, Assad in Syrien zu stürzen und den Iran in der Region zu schwächen; sunnitische Islamisten kommen als Bündnispartner gelegen. 2. Die Feindschaft des IS gegenüber den KurdInnen, vor allem der PKK und der PYD, ist der türkischen Regierung willkommen als zusätzliches Gegengewicht gegen kurdische Autonomiebestrebungen (auch die in Kobane). 3. Wie in vielen Ländern, so gibt es auch in der Türkei eine breite Sympathieströmung für sunnitischen Fundamentalismus bis hin zu Dschihadismus, und dies sind zu einem großen Teil Erdogans WählerInnen; dass es den bürgerlichen Kern der AKP-Wählerschaft, die Fabrikanten, Ladenbesitzer und Kaufleute, nicht persönlich zum bewaffneten Kampf drängt, schließt klammheimliche Übereinstimmung nicht aus. 4. Davon abgesehen möchte Ankara sich mit dem IS nicht anlegen, um keine Unruhe in der eigenen Bevölkerung zu haben (soweit sie nicht kurdisch ist) und dem Tourismus nicht zu schaden.

Ein besonderer Kronzeuge für die Interessen Washingtons und der übrigen hier Beteiligten ist Joe Biden. Der US-Vizepräsident plauderte Anfang Oktober vor Studenten am John-F.-Kennedy-Forum der Harvard-Universität aus dem Nähkästchen (wie die bürgerliche Presse breit berichtete). Befragt nach der Syrienpolitik der USA, soll er sich, knapp zusammengefasst, folgendermaßen eingelassen haben: 1. IS sei im wesentlichen eine Schöpfung von Verbündeten der USA (Türkei, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate und Katar), die diese Organisation im syrischen Bürgerkrieg gegen Assad in Stellung bringen wollten. 2. Die USA hätten es abgelehnt, Gruppen wie Al Qaida, Al Nusra und IS zu bewaffnen, sie hätten jedoch ihre »Kollegen« (insbesondere

Erdogan) nicht überzeugen können. 3. Diese hätten erst im Sommer 2014 begriffen, dass IS für sie selbst eine Gefahr sei. Nach diesen offenen Worten an der Harvard-Universität soll Biden Erdogan angerufen und sich entschuldigt haben: Keinesfalls sei es darum gegangen, die Türkei und die Golfmonarchien zu beschuldigen, sie hätten den IS »willentlich« aufgerüstet. Das alles ist durchaus plausibel. Es ist Ausfluss und Ergebnis üblicher Machtpolitik, die kleineren Despoten und Faktoren einer Region für die eigenen Interessen einzuspannen. Dass solche Werkzeuge sich auch mal selbständig machen und die Hand, die sie füttert, zu beißen versuchen, haben die USA z. B. mit den Mudschaheddin/Taliban in Afghanistan erfahren.

rationalen Aufklärung. Damit hat Europa den größten Teil der Welt und eben auch diese Region kolonialisiert und Widerstand hervorgerufen. Nachdem der »Arabische Sozialismus«² noch ein nachholendes Entwicklungsmodell dargestellt hatte, das letztlich versagt hat, berufen sich die Erscheinungsformen des islamischen Fundamentalismus heute noch auf die ureigenen Traditionen in der Härte, wie sie sie interpretieren.

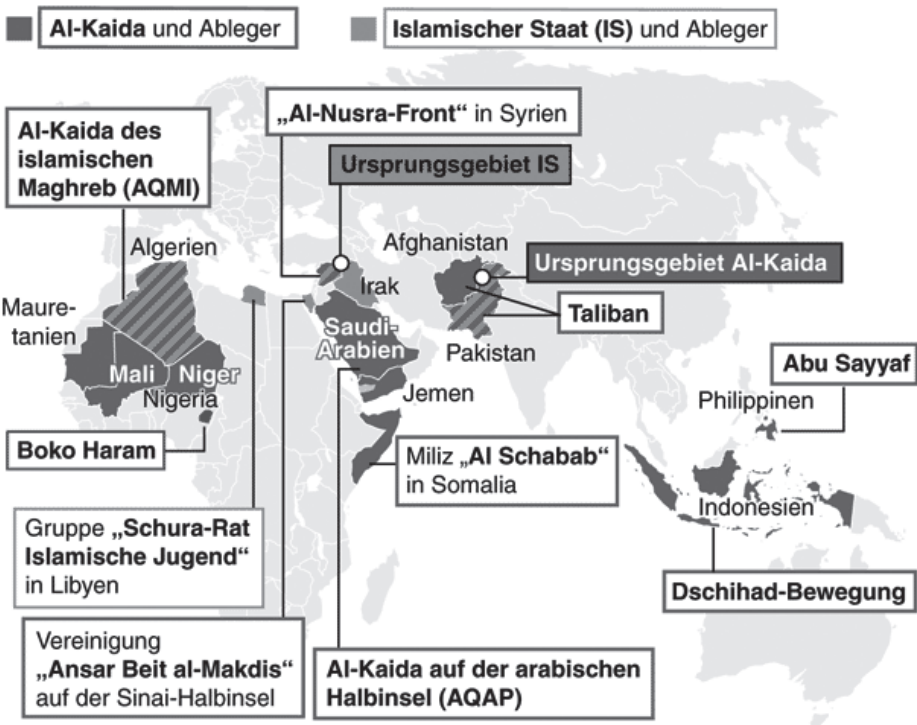
Die politische und militärische Strategie des IS ist, sich dort festzusetzen, wo es der Zerfall staatlicher Strukturen ermöglicht, und dann den nächsten Schritt zu tun. Seit 2013 mischt IS (damals noch ISIS = Islamischer Staat in Irak und Syrien) in Syrien mit. Das Kalifat wurde am 29. Juni 2014 ausgerufen. Der IS erkennt die Grenzziehung des Sykes-Picot-Abkommens selbstverständlich nicht an und verkündet, dass dort, wo die Kalifatstruppen auftauchen, alle Emirate, Staaten, Gruppen und Organisationen ihre Rechtmäßigkeit verloren hätten. Er erhebt also einen Alleinvertretungsanspruch und fordert die Unterwerfung unter diesen, um die Kräfte zu bündeln. Dazu passt, dass er sich – im Unterschied zu Al Qaida – auf den »inneren« Feind (Schiiten, Yesiden, Kurden, Sunniten, die andere Auffassungen vertreten) statt den »Westen« konzentriert und darauf, in den eroberten Gebieten seine Macht zu festigen. Dies gilt besonders für die Sicherung und Ausbeutung erobertter Ölquellen. Das letzte Ziel ist aber doch wohl die Errichtung eines Staates von Bagdad bis Damaskus, wie immer dieser als Verbindung von weltlicher und ideologischer Macht zu verstehen sei. Ob dies durchsetzbar ist und welche Folgen das Streben nach völkerrechtlicher

und realer Anerkennung für den IS und die Bevölkerung in der Region haben wird, ist noch nicht abzusehen. Viele Fragen müssen offen bleiben, solange der IS eine Kampftruppe ist, die Formen staatlicher Struktur nur dort einrichten kann, wo sie die Macht hat.

Gegenmaßnahmen des Westens

Der »Westen«, also die NATO mit den USA an der Spitze und weiteren Verbündeten wie Kanada und Australien, lässt sich das Sykes-Picot-Abkommen nicht so einfach demontieren. Er antwortet mit Luftschlägen und sucht nach Bodentruppen, weil ohne diese der IS nicht zu liquidieren oder – vorläufig – in Schach zu halten ist. Die Bevölkerung der USA ist kriegsmüde, auf Großbritannien und Frankreich ist in dem Maße auch nicht zu setzen, von der Bundeswehr ganz zu schweigen. In Frage kommen derzeit die nordirakisch-kurdischen Peschmerga. Diese haben ein Eigeninteresse, sich zu wehren, weil der IS sie angreift und die Autonomie im Nordirak vernichten will. Darüber hinaus wollen KDP und PUK einen völkerrechtlich anerkannten Staat Kurdistan – einschließlich Mossul und Kirkuk. Ob das am Ende gelingt, wird man sehen. Auch die irakische Armee

Islamistische Terrornetzwerke



Zielsetzung und Strategie

Der IS beruft sich in seiner Ideologie auf die Kalifatsepoche, vor allem das auf Bagdad zentrierte islamische Reich der Araber (während das Osmanische Reich der Türken schon als Niedergangsepoche begriffen wird). Es ist eine Abwendung von der europäischen Nationalstaatsordnung, wie sie in der Grenzziehung des Sykes-Picot-Abkommens¹ der Region aufgedrückt wurde. Das Ideal ist also die Ordnung einer erfolgreichen Epoche: Der Kalif verkörperte in seinem übernationalen Reich religiöse Autorität, verbunden mit der staatlichen Macht, diese durchzusetzen. Historisch ist das keine arabisch-osmanische Besonderheit, Europa war zur gleichen Zeit ähnlich organisiert. Die Frage, die sich stellt, ist vielmehr, warum sich heute Organisationen wie IS, Al Qaida etc. auf diese uralte Tradition beziehen, während Europa (freilich sehr widersprüchlich) seinen eigenen Feudalismus (bis auf ideologische Restbestände wie die Kirchen oder europäische Königshäuser) hinter sich gelassen hat. Die Antwort liegt in der Richtung, dass die Region des Nahen Ostens keine Periode durchgemacht hat, die historisch den Kapitalismus auf den eigenen Grundlagen entwickelt hat, verbunden mit einem Anspruch der wissenschaftlich-

1 s. Artikel »Irak – Beispiel eines 'failed state'«

2 vgl. Fußnote 1 im Artikel »Irak – Beispiel eines 'failed state'«

muss kriegsfähig gemacht werden, und eine Auflösung des irakischen Staates in seine Bestandteile liegt derzeit nicht im Interesse Washingtons. Die schiitische Geistlichkeit rief dazu auf, den IS zu bekämpfen.

Eine weitere mögliche Bodentruppe ist die türkische Armee. Die Regierung lässt sie aufmarschieren, greift aber bislang nicht ein. Zunächst hat die Türkei lange zu den Förderern des IS (als er noch ISIS hieß) gehört, ihre Eigeninteressen wurden oben beschrieben. Jetzt verspricht sie den IS zu bekämpfen, weil sie sich im Westen nicht isolieren will. Zugleich aber verknüpft sie einen möglichen Einmarsch in Nordsyrien mit der Forderung an die Bündnispartner, gegen Assad vorzugehen und die nichtdschihadistische syrische Opposition aufzurüsten. Die KurdInnen in Rojava empfinden eine türkische Invasion als Bedrohung ihrer Selbstverwaltung und lehnen sie ab. Sie fordern Waffen und logistische Unterstützung. Als die Türkei am 14. Oktober doch in die Kämpfe eingriff, tat sie es in ganz anderer Richtung: Sie bombardierte Stellungen der PKK.

Der Iran bietet sich – eine weitere Kuriosität – dem Westen als Bündnispartner an, schließlich sind die IS-Leute Sunniten und scharfe Gegner der Schiiten. Es scheint, dass die USA vorsichtig darauf eingehen. Für Washington ist aber auch wichtig, dass die Golfmonarchien davon ablassen, den IS zu unterstützen, den diese als willkommenes Gegengewicht gegen die regionale Vormacht Iran begreifen. Man sieht, wie kompliziert das Geflecht der verschiedenen Teilinteressen ist, so dass sich auch im weiteren Verlauf überraschende Koalitionen ergeben können. So klar wie zu Zeiten des Kalten Krieges oder der Golfkriege gegen Saddam Hussein werden die Fronten in der Region nicht mehr werden.

Die Stärke des IS kommt derzeit also in sehr wesentlichem Maße aus der Uneinigkeit seiner Gegner im Lager der etablierten westlichen Staaten und ihrer Verbündeten in der Region. »Die Aufregung über den IS kaschiert nur eine allgemeine politische Passivität und Hilflosigkeit«, schreibt Le Monde Diplomatie vom 12.9.2014 und meint offensichtlich die Regierungen dieser Staaten. Die USA bemühen sich, ein großes Bündnis gegen den IS zusammenzuschieben, und versuchen auf diesem Wege, eine führende Rolle zu wahren, obwohl sie derzeit nur 1500 »Militärberater« im Irak haben und nur mit Luftangriffen aktiv sind. Gleichzeitig spricht Obama von einer sehr langen Auseinandersetzung, sein ehemaliger Verteidigungsminister Panetta gar von einem möglichen »Dreißigjährigen Krieg«. Die Türkei verfolgt ihre Sonderinteressen, nämlich den Sturz des Assad-Regimes in Syrien und die Entwaffnung der PKK im türkischen Teil Kurdistans; besonders drastisch zeigt sich das in ihrem Verhalten zum Konflikt um Kobane. Auf Seiten der Kurden sind es aber gerade die PKK und die nordsyrische PYD, die die Hauptlast des Kampfes tragen, weniger die nordirakisch-kurdischen Peschmerga.

Saudi-Arabien schließlich ist stets ein zwiespältiger Verbündeter der USA, weil die Monarchie, die in der Konkursmasse des Osmanischen Reiches aus der sunnitischen Sekte der Wahhabiten hervorgegangen ist, zur Verbreitung fundamentalistischer Strömungen in alle Welt beiträgt (bekanntes Beispiel: Osama bin Laden). Eine ähnlich komplizierte Interessenlage gilt für Katar. Einerseits beherbergt das Emirat, einer der kleinsten Staaten der Welt, seit 2002 das Kommando Mitte (CENTCOM), das den USA als Stützpunkt ihrer Kriegführung in Afghanistan, Irak und Syrien dient. Andererseits unterhält es gute Kontakte zu vielen militanten islamistischen Gruppen der Region, pflegt Beziehungen sowohl zu Israel als auch zur Hamas, unterstützte Revolten im »Arabischen Frühling« teils mit Waffenlieferungen, teils publizistisch über seinen Staatssender »Al

Dschasira«, bezog im Gegensatz zu Saudi-Arabien in der ägyptischen Staatskrise die Position der Moslembrüder etc. Beide Staaten, Saudi-Arabien und Katar, sind wie alle Golfmonarchien in ihrem Bestand politisch und militärisch von den USA abhängig, jedoch sorgt die auf reichlichen Öl- und Gasvorkommen beruhende ökonomische Bedeutung dafür, dass diese Abhängigkeit nicht nur eine einseitige ist. Zudem können die verdeckten Kontakte zu islamistischen Organisationen auch den USA und Israel nutzbar erscheinen.

Widerstand von PKK und PYD

Die Leidtragenden sind die Menschen in der Region, die zu Tausenden bis Hunderttausenden auf der Flucht sind oder sterben. Es mangelt ihnen an einer starken, umfassenden politischen und militärischen Organisation, die ihnen Schutz vor terroristischen Angriffen des IS und anderer dschihadistischer Gruppen bietet und zumindest ein Konzept umsetzt, das ähnlich wie in Rojava ein Zusammenleben der ethnischen und religiösen Gruppen sichert und auf dieser Grundlage die Entwicklung emanzipatorischer Perspektiven ermöglicht. Derzeit kommen dafür wohl nur die Verteidigungskräfte der PKK und der nordsyrischen PYD in Frage. Ein Beispiel ist die Rettung der von Verfolgung durch den IS bedrohten Yesiden im Sinjar-Gebirge im August 2014. Zunächst marschierten irakisch-kurdische Peschmerga zu ihrem Schutz ein, zogen sich aber bald zurück. Erst die YPG-Einheiten der PYD kämpften ihnen einen Fluchtkorridor frei. Doch konnten viele nicht gerettet werden, weil zuvor die IS-Terroristen begonnen hatten, ein Massaker an der männlichen Bevölkerung anzurichten und die Frauen zu verschleppen und zu vergewaltigen, nachdem sie ihnen zuvor eine Frist zur Konversion zum Islam gestellt hatten. PKK und PYD allein sind zahlenmäßig und materiell zu schwach und können nicht überall sein.

Seit Mitte August 2014 konzentrieren sich diese Konflikte in den Kämpfen um die Stadt Kobane. Dem IS ist das dort praktizierte demokratische und säkulare Selbstverwaltungsmodell verhasst. Es hat Ausstrahlung in die Region, auch wenn es unter den derzeit herrschenden Kriegsbedingungen eher einer Notlagenadministration gleichkommt. Für die Türkei stellt das Gebiet Rojava, zu dem Kobane gehört, den Anfang einer kurdischen Autonomie dar, die sie mit Blick auf die PKK und ihr eigenes Staatsgebiet bedingungslos ablehnt und bekämpft. Deshalb können sich im türkisch-syrischen Grenzgebiet IS-Kämpfer frei bewegen, während kurdische Zivilpersonen und Guerillas der PKK und PYD scharf kontrolliert werden. Die einzige kurdische Autonomie, die Ankara akzeptieren könnte, wäre die in Nordirak. Deshalb soll für Perschmerga-Soldaten der Durchgang nach Kobane gestattet werden. Auch dadurch drohen ein Ende der Selbstverwaltung in Kobane bzw. Rojava und ein Wiederanfachen der innerkurdischen Widersprüche. Kobane, von Süden her durch IS angegriffen und von Norden durch türkische Truppen abgeriegelt, droht zur Falle für die Eingeschlossenen zu werden. Andererseits werden Stimmen in den herrschenden Kreisen der USA und anderer NATO-Länder lauter, PKK und PYD in ihrem Kampf gegen den IS zu unterstützen. Offensichtlich wird ihnen bewusst, welchen Geist sie da aus der Flasche gelassen haben, und sie versuchen, die Folgen in der Region einzudämmen, ohne selbst mit eigenen Bodentruppen wieder hineingezogen zu werden.

16.10.2014 ■



Protestcamp der entlassenen Putzfrauen vor dem Finanzministerium in Athen

■ GRIECHENLAND IM HERBST 2014

Depression und Widerstand

Im September verkündete Regierungschef Samaras auf der Messe in Thessaloniki: Es gehe mit Griechenland wieder aufwärts, 2014 sei ein Wirtschaftswachstum von 0,7% zu erwarten, die Beschäftigung nehme zu und bald würden auch die Löhne wieder steigen. Der Staatshaushalt weise (ohne den Schuldendienst) einen Überschuss auf, weshalb man demnächst die Steuern senken werde, was den Aufschwung weiter ankurbeln werde. Wenig später legte er noch eine Schippe drauf und verlautbarte, Griechenland werde deshalb bald aus dem Spardiktat der Troika (EZB, EU, IWF) aussteigen können und sich über die Finanzmärkte selbst finanzieren.

Die »Finanzmärkte« reagierten aber nicht euphorisch, sondern ungläubig: Anfang Oktober brachen die Kurse an der Athener Börse um 13% ein und die Zinsen für griechische Staatsanleihen stiegen auf 9%, ein deutliches Zeichen, dass die »Investoren« von den Rückzahlungsfähigkeiten Athens nicht überzeugt sind. »Die wirtschaftsfreundliche Kathimerini kommentierte am 15. Oktober: ‚Die Märkte bestärken die Ansicht der Skeptiker, dass es für Griechenland besser ist, die ökonomische Unterstützung durch die offiziellen Gläubiger zu erhalten und einer irgendwie gearteten Aufsicht zu unterliegen.‘« (Niels Kadritzke, <http://www.nachdenkseiten.de/?p=23631>; 17.10.2014) Kadritzke fasst zusammen: »Trotz eines erwarteten Wachstums von 0,6% ist ein Ende der Krise nicht absehbar; keine Entspannung auf dem Arbeitsmarkt, um sich greifende Armut und die staatliche Gesamtverschuldung von 177% gemessen am BIP lassen das angekündigte Ende der Hilfsprogramme in weite Ferne rücken. Die Haushalte 2015/16 sind selbst mit den noch zugesagten ESF-Mitteln nicht gedeckt. Die Steuerrückstände addieren sich auf 68 Milliarden, die nicht bezahlten Steuern steigerten sich auf eine Summe von einer

Milliarde monatlich! Reiche genießen eine ‚verkappte Immunität‘. Die versteckten Defizite, etwa bei den Sozialkassen wachsen und die Privatisierungserlöse liegen weit unter den Erwartungen.« (ebenda)

Die Regierung Samaras, die sich auf die konservative ND und die sozialdemokratische PASOK stützt, versucht mit ihren »Erfolgsmeldungen« im Ausland und vor allem im eigenen Land für sich Stimmung zu machen, wohl wissend, dass ihr die Felle wegschwimmen. Eine Umfrage Ende September ergab, dass mittlerweile das Linksbündnis Syriza mit 36% Zustimmung weit vorne liegt, während die Regierungsparteien weiter verlieren (25% ND bzw. 5,5% PASOK). Viele Beobachter erwarten Neuwahlen im März 2015. Im Februar muss ein neuer Staatspräsident gewählt werden. Erforderlich für dessen Wahl sind 180 Stimmen der insgesamt 300 Parlamentarier. Scheitert die Wahl des Staatspräsidenten, wird das Parlament aufgelöst. Die Regierungskoalition verfügt nur über 153 Stimmen, entsprechend groß ist die Nervosität der Regierung.

Depression

Tatsächlich hat sich die desolote wirtschaftliche Lage Griechenlands im Vergleich zu vor ein oder zwei Jahren nicht zum Besseren geändert. Die Wirtschaftsleistung liegt bei rund 76% des Vorkrisenniveaus, die Industrieproduktion ging 2013 nochmal um 4,4% zurück. Die Arbeitslosigkeit liegt immer noch bei 27%, die der Jugendlichen unter 25 bei 52%. Ein Parlamentsbericht beziffert die Zahl der Armen oder von Armut Bedrohten auf 6,5 Mio Menschen – bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 11 Millionen. Drei Millionen Menschen sind nicht mehr krankenversichert, müssten deshalb alle medizinischen Leistungen selbst bezahlen, wenn

sie denn könnten. Die Löhne wurden zwischen 20% und 50% gekürzt, wenn sie überhaupt bezahlt werden, da viele Betriebe durch nicht oder verspätet ausgezahlte Löhne ihre Beschäftigten als zinslose Kreditgeber missbrauchen. »Vier von zehn Griechen, die noch einen Arbeitsplatz auf dem privaten Sektor haben, werden auf Monatsbasis mit weniger als 750 Euro brutto bzw. ungefähr 630 Euro netto entlohnt. Der Anteil der Arbeitnehmer dieser Kategorie hat sich innerhalb von zwei Jahren verdoppelt. Wenn die Einkommensteuern und Versicherungsbeiträge berücksichtigt werden, ist in Griechenland der durchschnittliche Monatslohn mittlerweile auf 817 Euro gesunken.« (<http://www.griechenland-blog.gr/tag/mindestlohn/>) Wenn neue Stellen besetzt werden, sind das zu 60% Teilzeit- und/oder befristete Jobs, deren Bezahlung mit häufig nur 400 Euro noch unter dem offiziellen Mindestlohn von 684 Euro brutto liegt.

Die Krise des gewerkschaftlichen Widerstands

Dem gewerkschaftlichen Widerstand gegen die Verschlechterungen, wie er hierzulande mit Tarifverhandlungen und Streiks noch möglich ist, wurde in Griechenland der Boden entzogen. Wie wir in der Arpo schon berichtet haben (z.B. 2/2012), wurde die Tarifautonomie beseitigt, Tarifverhandlungen finden nicht mehr statt, Lohnsenkungen wurden per Gesetz beschlossen usw. Wo es dennoch zu Arbeitsniederlegungen kam, wurden sie von der Regierung mit Hilfe von Notverordnungen und Zwangsverpflichtungen beendet, wie im letzten Jahr z.B. die Streiks der Seeleute auf den Fähren, der Metroarbeiter in Athen und der Lehrkräfte an den Schulen.

Zwischen 2010 und 2014 riefen die Gewerkschaften zu etwa 30 »Generalstreiks«, zu unzähligen Demonstrationen und Kundgebungen auf, alles mit demselben Ergebnis: Es änderte sich nichts, die Auflagen der Troika wurden von der Regierung umgesetzt, ein Sparprogramm nach dem anderen vom Parlament beschlossen. Löhne wurden gesenkt, Leute entlassen, das öffentliche Gesundheitswesen ruiniert, das Bildungswesen verschlechtert usw. Im Laufe der Jahre beteiligten sich immer weniger Beschäftigte an den »Generalstreiks«. Der wirtschaftlichen Depression folgte die Krise der gewohnten gewerkschaftlichen Reaktionsmöglichkeiten. Viele Menschen konnten oder wollten die streikbedingten Folgen nicht mehr tragen. Bei den abgesenkten Löhnen, die kaum zum Überleben ausreichen, reißt jeder Streiktag zusätzliche Löcher in den Familienhaushalt, denn eine finanzielle Streikunterstützung durch die Gewerkschaften gibt es nicht. Und wenn in der Privatindustrie nach dem Motto verfahren wird, wer streikt, der fliegt, überlegen es sich die Betroffenen dreimal, ob sie ein solches Risiko angesichts der hohen Arbeitslosigkeit eingehen können. Die »Generalstreiks« wurden zu einem Protestritual ohne greifbare Erfolge, zumal die gewerkschaftlichen Dachverbände kein Interesse an einer politischen Kraftprobe oder gar an einem Sturz der Regierung hatten.

Proteste von Betroffenen und Basisgewerkschaften

Was wir bei einem Besuch im Herbst 2014 an Widerstand beobachten konnten, waren Widerstandsformen anderer Art: niederschwelliger, aus der Not geboren, die realen Kampfmöglichkeiten widerspiegelnd.

Da sind zum einen die 595 Putzfrauen der Finanzbehörde, die im Herbst 2013 mit 75% der Bezüge in die achtmonatige Arbeitsreserve geschickt wurden, in denen sie natürlich keinen neuen Arbeitsplatz gefunden haben. Sie organisierten sich und schlugen auf dem Bürgersteig vor dem Finanzministerium im Zentrum Athens ihre Zelte auf,

Vio.Me beginnt mit internationalem Vertrieb

Für eine andere Ökonomie, für eine andere Gesellschaft!

Wir, die Arbeiter von Vio.Me, haben unsere Fabrik besetzt, nachdem sie 2011 von den Ex-Arbeitgebern verlassen wurde, und produzieren seit über eineinhalb Jahren selbstverwaltet und unter Arbeiterkontrolle.

Waren es ursprünglich Baumaterialien, so produzieren wir jetzt »solidarische« Produkte, wie z.B. natürliche Reinigungsmittel.

Die Produktion hält nicht nur die Fabrik am Laufen, sondern sie ermöglicht es uns und unseren Familien, physisch und psychisch durchzuhalten. Sie hilft uns, lebendig zu bleiben, unsere Würde zu behalten und negative Auswirkungen der Langzeitarbeitslosigkeit wie Angst, das Gefühl der Nutzlosigkeit und Depression zu vermeiden.

Wir vertreiben unsere Produkte kostengünstig an Einzelpersonen und Kollektive, die sich unserem Selbstverwaltungsprojekt verbunden fühlen. So können wir überleben und den Kampf um die Wiedereröffnung der Fabrik auf stabilen rechtlichen Grundlagen weiterführen. Zu diesem Zweck haben wir eine Sozialkooperative (S.E. Vio.Me) gegründet. Jedes Mitglied ist zugleich Mitarbeiter und jeder Mitarbeiter ist auch Mitglied der Kooperative. Unsere Entscheidungen fällen wir horizontal in den täglichen Arbeiterversammlungen. Das einzige individuelle Recht der Mitglieder der Kooperative ist die Teilnahme an und die Abstimmung in den Versammlungen.

Unter unseren Produkten sind natürliche Seifen aus Olivenöl, angereichert mit Kokos- und Mandelöl, die eine besondere Pflege für den ganzen Körper gewährleisten.

Da die Seifen hinsichtlich Größe und Volumen kompakt sind, können wir sie in Kartons (zu je 104 Stück, das Stück zu 1,70 Euro incl. Versand) durch internationale Expeditionen verschicken. Der Verkaufspreis soll 2,50 Euro nicht überschreiten, die Differenz kann an Vio.me gespendet oder z.B. zur Deckung eigener Kosten verwendet werden. Bestellungen können einfach an die unten genannte Emailadresse geschickt werden (am besten auf Englisch), die Zustellmodalitäten in den jeweiligen Städten werden dann per Email geklärt. Für die Bestellungen gibt es ordnungsgemäße Rechnungen, so dass die Produkte ganz legal an unsere FreundInnen und UnterstützerInnen, an Einzelpersonen und soziale Kollektive, die sich unserem Selbstverwaltungsprojekt solidarisch verbunden fühlen, verkauft werden.

In Freundschaft,
die Arbeiter und Vertriebs-Angestellten von Vio.me, im Bestreben, eine größere Gemeinschaft zu mobilisieren und die Vision zu verwirklichen, dass »die Produktion von denjenigen betrieben wird, die den eigentlichen gesellschaftlichen Reichtum schaffen!«

Bestellungen über: viomesynergatiki@yahoo.gr



wo sie bis heute ausharren, eine Art »Blockupy« im Kleinen. Bei jeder Demonstration gegen die Troika sind sie anwesend und machen auf ihre Situation aufmerksam. Dadurch dass ihre Aktion mitten in Athen vor einem Regierungsgebäude stattfindet, sind sie in der Öffentlichkeit präsent, erfahren viel Zuspruch aus der Bevölkerung und sind der Regierung ein Ärgernis. Als diese im März versuchte, die Putzfrauen mit Polizei zu vertreiben, kam es zu gewaltsamen Übergriffen gegen die Frauen, die in der internationalen Presse dokumentiert wurden und ein schlechtes Bild auf die Regierung warfen. Seither werden sie weiterhin geduldet.

Ähnlich wie die Putzfrauen machten es die 2.200 Schulwächter (eine Art Schulhausmeister mit erweiterten Aufgaben), die im Sommer 2013 freigestellt und mittlerweile entlassen wurden. Sie stehen in enger Verbindung mit den Putzfrauen. Gemeinsam planen sie, die Proteste gegen die weiterhin stattfindenden und geplanten Entlassungen im öffentlichen Dienst zu koordinieren. Die Isolierung der einzelnen Widerstandsaktionen soll so überwunden werden.

Zweimal erlebten wir Aktionen von Basisgewerkschaften. In beiden Fällen ging es um KollegInnen, die entlassen worden waren und denen der Unternehmer die Löhne nicht auszahlte. In einem Fall ging es um KellnerInnen, im anderen um eine Lehrerin einer Privatschule. Diese war nach 24 Jahren in dieser Schule gefeuert worden, weil sie es gewagt hatte, zum Arbeitsministerium zu gehen und ihren Lohnrückstand von 5.700 Euro einzufordern (mehr als ein Jahresgehalt in ihrem Falle). Beide Male organisierte die Gewerkschaft eine Protestaktion vor dem Betrieb, um diesen durch die Aktion zu stören.

Bei solchen Aktionen kann es der Gewerkschaft durchaus passieren, dass der Unternehmer eine Strafanzeige einreicht wegen »Nötigung«, der dann von der Staatsanwaltschaft auch nachgegangen wird. Die beiden letzten Beispiele zeigen besonders deutlich, mit welcher Willkür die Unternehmer vorgehen und welcher Rechtlosigkeit die Beschäftigten ausgesetzt sind.

Verschiedene Basisgewerkschaften im Athener Raum unterstützen sich bei ihren Aktionen gegenseitig. Die Basisgewerkschaften verbindet ein gemeinsames Grundverständnis. Die Entscheidungen über wichtige gewerkschaftliche Fragen werden basisdemokratisch auf ihren Mitgliederversammlungen getroffen. Eine Konsequenz aus den negativen Erfahrungen mit dem griechischen Gewerkschaften und den Apparaten der Dachverbände, in denen das parteipolitische Gerangel um Einfluss und Posten dominierte und nicht die Interessen und Bedürfnisse der Beschäftigten.

Selbstverwaltete Projekte und Initiativen

Ein anderes Beispiel sind die solidarischen Strukturen, die wir in der Arpo schon beschrieben haben (Nr. 4/2012), die sich mittlerweile stabilisiert haben. Am auffallendsten sind die solidarischen Kliniken, in denen Freiwillige (ÄrztInnen, Pflegekräfte und andere) unentgeltlich Patienten versorgen, die keine Krankenversicherung mehr haben oder sich die Zuzahlungen nicht mehr leisten können. In Athen gibt es mittlerweile 17 solcher Gesundheitsstationen, im ganzen Land etwa 30. Die größte von ihnen, Elliniko in Athen, versorgt alleine 20 000 Patienten. Trotzdem ist allen klar, dass sie das zusammen gebrochene staatliche Gesundheitswesen nicht ersetzen können. Es geht um Hilfe in der Not verbunden mit politischer Aufklärung und der Mobilisierung zu Demonstrationen.

Ähnliches gibt es im Bereich der Lebensmittelversorgung. Da sind zum einen selbstverwaltete Zentren, wie im ehemaligen Werftenviertel Perama, die an bedürftige



Protest gegen die Entlassung ihrer Kollegin vor dem Eingang der privaten Nachhilfschule

Familien Lebensmittel austeilten. Dann gibt es Märkte, auf denen landwirtschaftliche Erzeugnisse direkt und billiger verkauft werden. Diese Initiativen versuchen die Not leidenden Menschen zur Mitarbeit zu bewegen und auch politisch zu aktivieren. Aber auch hier ist klar, dass alles nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist angesichts der um sich greifenden Misere.

Dann gibt es auch vereinzelt Widerstand, wenn Betriebe geschlossen wurden und diese von Teilen der Belegschaft weiter geführt werden. Bekannt ist der frühere Baustoffhersteller Vio.me in Saloniki, dann aber auch der Versuch eines Teils der Beschäftigten der geschlossenen öffentlichen Rundfunkanstalt ERT (siehe Arpo 3/13) den Sender als »ERTopen« weiterzuführen, vornehmlich über das Internet. Dabei verstehen sie sich als Widerstandssender, der nun andere Nachrichten und Meldungen bringen kann, als es in der früheren, von den Regierungsparteien beherrschten Sendeanstalt möglich war.

Eine wichtige Rolle spielt auch die »Zeitung der Redakteure«, ein 2012 gestartetes genossenschaftliches Projekt von Beschäftigten einer dicht gemachten Zeitung. Sie hat mittlerweile die viertgrößte Auflage und bildet ein wichtiges Informationsmedium für alternative Nachrichten in dem ansonsten von Reedern und Baukonzernen beherrschten Zeitungsmarkt.

Allen diesen Projekten gemeinsam ist, dass sie sich als Teil des politischen Widerstandes begreifen. Sie wollen nicht nur humanitäre Hilfe anbieten. Sie schaffen Öffentlichkeit gegen die vorherrschende Propaganda. Sie mobilisieren für ihre jeweiligen sozialen und politischen Forderungen. Sie versuchen die Betroffenen und Hilfesuchenden zu aktivieren und in ihre solidarischen Strukturen einzubinden. Das Handeln im Kollektiv soll der erfahrenen Machtlosigkeit, der Individualisierung, der Spaltung entgegenwirken und damit auch dem wachsenden Einfluss der faschistischen »Goldenen Morgenröte«.

Ansätze einer gemeinsamen Widerstandsfront

Im Verlaufe unserer Treffen und Diskussionen betonten durchweg fast alle VertreterInnen aus Basisgewerkschaften oder solidarischen Initiativen, dass sie keine Syriza-Organisationen seien oder sein wollten. Es arbeiteten zwar Syriza-Mitglieder mit, aber sie seien Organisationen, in denen alle mitarbeiten könnten, ausgenommen Faschisten. Die Schulhausmeister betonten ausdrücklich, dass bei ihnen die verschiedenen Gewerkschaften und Parteimitglieder

zusammen arbeiteten, und so sollte es immer sein, wie sie betonten – wohl wissend, dass dies in Griechenland bisher die Ausnahme und nicht die Regel ist. Was in dieser Herangehensweise zum Ausdruck kommt, ist der Wunsch vieler AktivistInnen nach der Herstellung einer gemeinsamen Abwehr- und Widerstandfront, die es auf gewerkschaftlicher und parteipolitischer Ebene bisher nicht gibt.

Neben Zersplitterung in circa 3.500 Betriebsgewerkschaften sind die Gewerkschaften und ihre Apparate traditionell geprägt durch die Fraktionskämpfe der verschiedensten Parteien, die mit eigenen Listen um Einfluss und Posten konkurrieren. Eine zusätzliche Spaltung erfolgte ab 1999 durch das gewerkschaftliche Agieren der KKE. Sie zog nach dem Niedergang des sozialistischen Lagers die Schlussfolgerung, wenn man am revolutionären Ziel Sozialismus festhalten wolle, gelte es die eigenen Reihen fest zu schließen und sich ideologisch abzuschotten. Das führte 1999 sogar zu dem Vorhaben eine eigene kommunistische Gewerkschaft, die PAME, zu gründen. Davon kam man zwar wieder ab, behielt die PAME aber als gewerkschaftliche Organisation für Parteimitglieder bei, analog zu den Fraktionen der anderen Parteien wie PASOK oder ND. Die Mitglieder der PAME sind nun einerseits Mitglieder in den Gewerkschaften, verhalten sich aber faktisch wie eine eigene Gewerkschaft, indem sie grundsätzlich getrennt zu Streiks oder Demonstrationen aufrufen. Eine starke, kämpferische Minderheit in den Betrieben und Gewerkschaften sondert sich bewusst von den übrigen Beschäftigten ab und behindert und schwächt damit die Abwehrkämpfe.

Konsequenterweise beteiligen sich KKE-Mitglieder auch nicht an den solidarischen Initiativen wie Gesundheitsstationen oder Lebensmittelmärkten, da diese »reformistisch« seien und nur das System stabilisierten und dessen Niedergang verlangsamten. Genauso wenig sind sie bei Aktionen von Basisgewerkschaften wie den oben geschilderten dabei, solange sie nicht selbst führend daran beteiligt sind.

Die Linke agiert also gewerkschaftlich als auch parteipolitisch gespalten. Ansätze zur Überwindung dieser Spaltung und zur Schaffung einer gemeinsamen Abwehrfront stellen die Basisgewerkschaften und die selbst verwalteten Projekten dar. Wir können nur hoffen, dass deren Beispiel Schule macht – wie beispielsweise während Massenproteste gegen die Schließung von ERT im Sommer vorigen Jahres. Damals demonstrierten unter dem Eindruck der Massenempörung alle Parteien der Linken, einschließlich der KKE, vor dem Gebäude des Senders gemeinsam.

Die Hoffnung auf Neuwahlen und einen Regierungswechsel

Wie schon angesprochen, der innere Zustand der Regierungskoalition und die im Februar 2015 anstehende Wahl des Staatspräsidenten lassen Neuwahlen im Frühjahr wahrscheinlicher werden. Fast alle GesprächspartnerInnen, die wir im Verlauf unseres Griechenlandbesuches trafen, waren sich darüber einig: Nach vier Jahren erfolglosen Anrennens gegen die Spardiktate konzentrierten sich die Hoffnungen vieler Menschen auf den greifbar scheinenden Regierungswechsel. Sie erwarten von einer neuen Regierung zumindest die Lockerung der Sparauflagen und eine Beseitigung der bisher schlimmsten sozialen Verwüstungen.

Unter einer SYRIZA-Regierung würden sich zudem die politischen Spielräume für den gewerkschaftlichen Kampf als auch für die sozialen Initiativen erweitern, so viele der Aussagen. Der Regierungswechsel müsse allerdings begleitet werden durch eine breite außerparlamentarische Mobilisierung. Nur so wäre gewährleistet, dass eine solche Regierung nicht gegenüber der Macht der Troika einknickt

und sich SYRIZA zu einer erneuerten Variante der PASOK entwickele.

Mit der Wahl von SYRIZA alleine aber wäre noch nichts gewonnen, denn die internationalen Kräfteverhältnisse, die Abhängigkeiten Griechenlands von den internationalen Gläubigern blieben vom Ergebnis der Neuwahlen zunächst unberührt. Wir halten es für ausgeschlossen, dass die Vertreter der Troika die Wahl einer Linksregierung durch Zugeständnisse bei ihren Sparauflagen und Diktaten honorieren werden. Einerseits dürften grundsätzliche Überlegungen dagegen sprechen. Eine Regierungspartei links der traditionellen Sozialdemokratie in einem NATO- und EU-Land wäre ein absoluter Sonderfall und ein politisches Alarmzeichen für die Herrschenden und ihre Regierungen in den übrigen europäischen Ländern. Außerdem haben sich ND und PASOK bisher als willige Vollstrecker der Troika erwiesen. Sie haben deren Auflagen vorbehaltlos, auch um den Preis des eigenen Untergangs und unter Missachtung der Verfassung vorbei am Parlament durchgepeitscht. Unter einer Linksregierung dürfte es nicht so einfach möglich sein, den Widerstand mit derartigen Methoden zu brechen, beispielsweise Arbeitskämpfe mit Hilfe von Notverordnungen und Zwangsverpflichtungen. Die Troika wird also versuchen mit Hilfe der rechten Opposition in Griechenland dem Gespenst einer Linksregierung ein rasches Ende zu bereiten.

Die Schmutzkampagne gegen SYRIZA im Vorfeld möglicher Neuwahlen gibt einen Vorgeschmack auf die Methoden, mit denen die heutige Regierungskoalition und die Rechtsparteien versuchen eine SYRIZA-Regierung zu verhindern oder mit denen sie notfalls zu Fall gebracht werden soll. Die Medien, die sich in der Hand weniger Reeder und Bauunternehmer befinden, verstehen sich als deren Sprachrohr. Die griechische Rechte verfügt zudem traditionell über starke Bastionen im Staatsapparat, vor allem in der Justiz und den Sicherheitsbehörden.

Vom ersten Tage an wird also eine mögliche Linksregierung unter enormen Druck von Außen und Innen stehen. Ob sie diesem Druck standhalten kann, hängt von Faktoren ab, die sie zwar beeinflussen, aber nicht selbst schaffen kann. Eine Voraussetzung, um dem Druck standhalten und um den eigenen Spielraum erweitern zu können, ist die schon angesprochene außerparlamentarische Mobilisierung – als Unterstützung und zugleich als Kontrolle der eigenen Regierung. Die zweite Voraussetzung ist das Echo, das im übrigen Europa hervorgerufen wird. Als isoliertes nationales Experiment können wir uns eine Linksregierung auf Dauer kaum vorstellen. Wenn in anderen Ländern der EU die innenpolitische Stabilität durch verschärfte Klassenauseinandersetzungen gefährdet würde, wäre dies die beste Unterstützung für eine Linksregierung in Griechenland.

Sollte eine mögliche Linksregierung am Widerstand ihrer innen- und außenpolitischen Feinde scheitern oder in der völligen Anpassung enden, würde die Stimmung wahrscheinlich umschlagen. Enttäuschte Hoffnungen und Erwartungen fördern die Resignation und Passivität. Nicht die Kritiker von SYRIZA auf der linken, sondern die reaktionären und faschistischen Kräfte würden gestärkt daraus hervorgehen. Die Zustimmung zur faschistischen »Goldenen Morgenröte« ist trotz des Mordes an Pavlos Fyssas und der anschließenden Verhaftung führender Parteifunktionäre nicht wesentlich gesunken. Und faschistisches Gedankengut findet sich ebenso auf dem rechten Flügel der ND als auch bei den Populisten der »Unabhängigen Griechen«. Das Scheitern einer Linksregierung wäre wohl eine historische Niederlage mit langfristigen Konsequenzen.

A.B./M.H. ■



Hintergründe zur Entstehung des Ersten Weltkriegs

Der Erste Weltkrieg hatte seine tiefgreifenden Ursachen in den globalen Interessenkonflikten der Großmächte, vor allem Deutschlands und Großbritanniens (wo er sich allerdings erst um die Jahrhundertwende politisch manifestierte). Von großer Bedeutung waren aber auch die damit verschränkten inneren Faktoren, die Klassengegensätze, die Herrschaftsinteressen und die politische Entwicklung der Arbeiterbewegung. Hier kommt man nicht umhin, sich mit der spezifischen Rolle des eigenen Landes, also Deutschlands, zu befassen (Liebknecht: *»Der Hauptfeind steht im eigenen Land«*). Schließlich ist zu verstehen, dass Kriege nicht subjektlos aus Konfliktlagen, gleichsam aus »Gesetzmäßigkeiten« heraus ausbrechen, sondern politisch ausgelöst werden. Warum riskierten es die herrschenden Klassen in Deutschland, sich mit Großbritannien, Frankreich und Rußland gleichzeitig, später auch den USA, anzulegen? Warum brach der Krieg nicht an einer Frage von großem internationalen Gewicht aus, sondern an einem mittelmäßigen Kriminalfall (dem Thronfolgermord in Sarajewo)? Warum ordnete sich die Arbeiterbewegung diesem Katastrophenkurs unter, obwohl ihre politischen Vertreter noch wenige Jahre zuvor, im Stuttgarter Kongress der Zweiten Internationale 1907, geschworen hatten, *»... alles aufzubieten, um den Krieg durch Anwendung entsprechender Mittel zu verhindern«*?

Julikrise 1914

Auslöser der zum Kriege führenden Julikrise war bekanntlich die Ermordung des österreichischen Thronfolgerpaares in Sarajewo, der Provinzhauptstadt des nach jahrzehntelanger Besetzung 1908 durch die Wiener Regierung annektierten Bosnien-Herzegowina. Einmütig glaubten die europäischen Regierungen zunächst daran, dass diese Krise sich ebenso bewältigen lasse wie die vielen vorher (z. B. die beiden Marokkokrisen 1905 und 1911, die beiden Balkankriege 1912/13). In der damaligen politischen Weltlage wurde der Krieg als solcher zwar erwartet, aber eben nicht aktuell in dieser völlig nebensächlichen Angelegenheit.

Österreich-Ungarn, der vom Zerfall bedrohte Vielvölkerstaat, mit Deutschland verbündet, nutzte das Ereignis,

um Serbien eine »Lektion« zu erteilen und seinen labilen Großmachtstatus damit zu wahren. Berlin unterstützte und verschärfte das Vorgehen Wiens, weil es schon seit Jahren davon ausging, dass ein großer Krieg nicht mehr zu vermeiden sei und ihm deshalb nicht ausgewichen werden könne. Im preußischen Generalstab gab es genügend Berechnungen und Pläne, dass ein Waffengang offensiv vorgenommen werden müsse, bevor z. B. Rußland seine von der Niederlage gegen Japan 1905 geschwächte Armee modernisiert habe. Wirklich bewusst zu diesem Zeitpunkt den großen Krieg vom Zaun brechen wollte jedoch kaum jemand. Die anderen europäischen Großmächte, Großbritannien, Frankreich und Russland, ließen sich vom aggressiven Vorgehen Österreich-Ungarns gegen Serbien, mit deutscher Rückenbedeckung, aber nicht abschrecken. Zuletzt positionierte sich auch London eindeutig entsprechend seiner Bündnisverpflichtungen auf der Seite von Paris und Petersburg.

Politisch spielte die »Kriegsschuldfrage« eine Rolle bei den Bestrebungen, Bündnispartner zu gewinnen: Italien entzog sich dem Dreibund mit Deutschland und Österreich mit dem Argument, es handle sich um einen Angriffskrieg, bei dem die eingegangenen Verpflichtungen verfallen seien. Noch deutlicher war die spätere »Aufarbeitung«: So wurde Deutschland und seinen Verbündeten beim Friedensschluss (Versailler Vertrag) die alleinige Verantwortung zugeschoben, um die Härte der Maßnahmen begründen zu können (trotz der Aussage des britischen Premierministers Lloyd George, alle seien in den Krieg »hineingeschlittert«). In der Geschichtsschreibung war und ist die Frage sehr umstritten, wie insbesondere die »Fischer-Kontroverse« gezeigt hat (Arpo 2/2014, S. 11ff.) und wie sie sich auch gegenwärtig in Büchern (Münkler, Der Große Krieg, oder Clark, Die Schlafwandler) bis hin zu Fernsehmagazinen und den Feuilletons großer Tageszeitungen niederschlägt.

Der Erste Weltkrieg entstand aus der globalen Konfliktlage der Zeit vor 1914. Alle imperialistischen Mächte der damaligen Zeit hatten ihren Anteil daran. Festzuhalten ist aber auch: Im konkreten Verlauf der Julikrise waren es die halbabsolutistisch regierten Zentralmächte Deutschland und Österreich-Ungarn, die die Katastrophe vorantrieben, während andere mit ihrem Verhalten weiteres Öl ins Feuer

gossen. Jenen fiel es leichter, so etwas als Angriffskrieg vom Zaun zu brechen und anschließend die notwendige Klassenkonstellation hinter sich zu bringen, als den parlamentarisch regierten Staaten Großbritannien und Frankreich, die einen höheren Legitimierungsbedarf hatten und deshalb die »Kriegsschuld« bei den Mittelmächten aufbewahrt wissen mussten. Und nicht zuletzt: Dieser Krieg brach nicht in der Weite der Kolonialreiche aus, sondern in Europa.

Preußischer Militarismus

Die bürgerliche Revolution von 1848, die fast eine gesamteuropäische war, aber sehr unterschiedliche Ergebnisse in den einzelnen Ländern zustande brachte, hatte in Deutschland die politische Schwäche der Bourgeoisie besiegelt. Die deutsche Nationalstaatsgründung, wie sie 1871 zustande kam, beruhte auf mehreren Faktoren. Ökonomisch hatte sich Preußen durch die Gewinnung der westlichen Provinzen Rheinland und Westfalen (Ruhrgebiet!) im Wiener Kongress (1815) und die Gründung des deutschen Zollvereins (1834) an die Spitze der kapitalistischen Entwicklung in Deutschland gesetzt und damit Österreich zunehmend in Schwierigkeiten gebracht. Politisch überraschte es ab dem Beginn der 1860er Jahre durch das Setzen auf die »nationale Karte«, schaltete aber gleichzeitig die bürgerlich-parlamentarischen Kräfte im Verfassungskonflikt von 1860 aus. Bismarck setzte als preußischer Ministerpräsident am Parlament vorbei eine Heeresreform durch. Der Erfolg war – nach militärischen Siegen über Dänemark, Österreich und Frankreich – die Ausrufung des Kaiserreichs der Hohenzollern. Da diese Nationalstaatsgründung den ökonomischen Interessen der Bourgeoisie entsprach und auch die nationalen Wunschträume zu erfüllen versprach, war es für Bismarck kein Problem, auf ihre Zustimmung zu rechnen. Diese Konstellation führte dazu, dass in Deutschland die politische und militärische Macht in hohem Maße beim preußischen Feudaladel lag. Es ist hier nicht der Raum, die Bestimmungen, Grundsätze und Realitäten der Verfassung des Kaiserreichs und seines machtpolitischen Kernstaates, des Königreichs Preußen, darzustellen. Ihre Charakteristika bestanden darin, die Adelsvorrechte in der Exekutive (Staatsdienst, Diplomatie, Bildungswesen etc.) zu sichern, die Rechte des bürgerlichen Parlaments auf eine bescheidene Ausgabenkontrolle der Regierung zu beschränken und das Militär als einen weitgehend rechts- und politikfreien Raum außen vor zu lassen. »*Staaten halten sich Armeen, in Preußen hält sich die Armee einen Staat*«, hieß ein geflügeltes Wort.

Dies war die Wurzel des berüchtigten preußisch-deutschen Militarismus. Es lag ein offenkundiges Missverhältnis vor zwischen den politischen und militärischen Privilegien des Junkertums und seiner im Zeitverlauf immer schwieriger werdenden ökonomischen Lage. Die junkerliche Gutswirtschaft konnte nur durch Sonderrechte und staatliche Subventionen überleben. Lenin attestierte den »*mittelalterlichen Grundbesitzverhältnissen*« in Preußen »*halbfeudale Züge*«¹. Engels bemerkte hierzu: »*Das Junkertum existiert in voller Blüte nur in den sechs östlichen Provinzen. ... Preußen ... konnte nicht sein Junkertum fünfundzwanzig Millionen westlichen Deutschen aufzwingen.*«² Im Kaiserreich wurde dies zur Quelle politischer Krisen, etwa in der Steuerreform von 1909³, die daran scheiterte, dass die Konservativen eine erstmalige

Besteuerung der privilegierten Gutshöfe ablehnten. Aus Schwäche und Abstiegsangst folgte Aggressivität, die sich in Staatsstreichüberlegungen nach innen und der Vorbereitung des Krieges nach außen (Schlieffen-Plan unter Verletzung der belgischen Neutralität und damit Inkaufnahme der Gegnerschaft Großbritanniens) umsetzte.

Die Spaltung der herrschenden Klassen in Bourgeoisie und Adel war gegenüber den gleichzeitigen Verhältnissen in Großbritannien und Frankreich eine markante Besonderheit. Den ganz großen Krieg mochte der eher provinziell orientierte Junkerverstand nicht einbeziehen, aber kleinere »Strafmaßnahmen« etwa gegen unbotmäßige Serben auf dem Balkan waren diesem Denken selbstverständlich.

Die Subventionierung des Großgrundbesitzes der Junker setzte sich in der Weimarer Republik und im Nazi-Reich fort. Einer ihrer Vertreter, Hindenburg (Reichspräsident 1925 – 1934), ernannte Hitler zum Reichskanzler und sicherte die Machtübertragung an die Nazis ab. Die Reste dieser untergehenden und die Gesellschaft in ihren Untergang mit hineinreißenden Klasse wurden nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Bodenreformpolitik der DDR und in den an die Sowjetunion und Polen gefallen Ostprovinzen beseitigt.

Aufstieg der Bourgeoisie

Der politische Einfluß der Bourgeoisie war durch die beschriebene Lage, die fehlgeschlagene bürgerliche Revolution begrenzt. Nach der Reichsgründung nahm sie einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung und bestimmte damit wesentlich und zunehmend die weitere Entwicklung Deutschlands. Beim Interessenskonflikt zwischen Junkertum und Bourgeoisie ging es um die Macht im politischen Überbau. Zweifellos ist das wichtig, wenn es um die Fragen ging: Wer bestimmt in der Regierung? Wer besetzt die Spitzenpositionen? Wer profitiert von Privilegien in der Versorgung mit Posten, Bildung, Renten usw.? Überbauphänomene können die Entwicklung des Landes bremsen oder beschleunigen, sie können (wie im deutschen Kaiserreich) zu schweren Krisen führen. Letztlich setzt sich die ökonomische Basis durch. Aber die Frage ist auch, wie das geschieht, wie die Fronten und Auseinandersetzungen verlaufen und wie Gewinne und Lasten verteilt werden.

Der Aufstieg der Bourgeoisie bedeutete gesellschaftlich zugleich die Schwächung des Junkertums (auch in dessen eigenem Terrain: Gegen Ende des 19. Jahrhunderts waren 53 % der Rittergüter in Bürgerhand) und das Anwachsen des Proletariats und seiner Organisationen, der SPD und der Gewerkschaften.

Die mächtigste Fraktion der Bourgeoisie war die Schwerindustrie (Kohle und Stahl), vor allem im Ruhrgebiet, Schlesien und an der Saar vertreten. Von 1870 bis 1913 stieg die Zahl der Beschäftigten im Bergbau von einigen 10.000 auf über 700.000, in der Stahlindustrie auf 440.000. Das waren Großbetriebe mit mehreren 1.000 Beschäftigten, im Ruhrgebiet bestanden 1913 nicht weniger als 173 Zechen. 1889 gab es den bis dahin größten Massenstreik in der deutschen Geschichte, in den sich der Kaiser persönlich einzuschalten versuchte. In der Stahlindustrie war Krupp der größte Konzern und die »Waffenschmiede des Reiches«. Angesichts der von ihnen empfundenen Bedrohung durch SPD und Gewerkschaften waren »Schlotbarone« und ostelbische Junker im Kaiserreich und später in der Weimarer Republik die geborenen Bündnispartner, um die »Revolutionsarmee des Sozialismus« niederzuwerfen (was angesichts von Truppeneinsätzen gegen streikende Belegschaften ganz wörtlich zu verstehen war). Das zweite Feld, in dem sie zusammenarbeiteten, war die Schutzzollpolitik, die

1 Lenin, Die Agrarfrage in Rußland am Ausgang des 19. Jahrhunderts, LW 15, S. 131f.

2 Engels, Die Krisis in Preußen, MEW 18, S. 293

3 vgl. Karuscheit, Deutschland 1914. Vom Klassenkompromiss zum Krieg, Hamburg 2014, S. 179 – 190

vor allem für die Junker wichtig war, um die produktivere Konkurrenz aus USA und Lateinamerika fernzuhalten.

Liberaler waren andere Fraktionen gestimmt, die auf den Weltmarkt orientierten und für Freihandel eintraten: Chemie, Elektronik und Maschinenbau. Ihre politische Vertretung im Reichstag waren die Nationalliberalen. Aber auch sie bekämpften die Arbeiterbewegung, Tarifverträge und staatliche Sozialpolitik und versuchten, »gelbe« Gewerkschaften und betriebliche Sozialeinrichtungen dagegen zu setzen.

Als Bismarck 1862 preußischer Ministerpräsident wurde, erwirtschafteten die Staaten des späteren Deutschen Reiches zusammen 4,9 % der Weltindustrieproduktion. In der globalen Rangfolge nahmen sie zu diesem Zeitpunkt den fünften Platz ein; Großbritannien natürlich den ersten. 1913 lag jedoch Deutschland auf Platz 2, hinter den USA, aber vor Großbritannien. In einem halben Jahrhundert hatte sich der Industrieausstoß vervierfacht. Sehr viel produktiver war z. B. die deutsche Stahlindustrie geworden. In dem knappen Vierteljahrhundert zwischen 1886 und 1910 war der britische Stahlausstoß um 154 % gestiegen, aber der deutsche um 1335 %. Scharf entwickelte sich zwischen diesen beiden Mächten auch der Konkurrenzdruck in den Bereichen der Chemie- und der Elektroindustrie, die damals als Zukunftsindustrien schlechthin galten. Auch im Außenhandel wiesen die Zahlen in der Steigerung von 1887 auf 1912 diese Dynamik auf: Deutschland 214,7 %, USA 173,3 %, Großbritannien 113,1 %, Frankreich 98,1 %.

Gegensatz Großbritannien – Deutschland

Der bisherige Weltmarktführer, die global überall präsente Weltmacht par excellence, das Britische Reich, wurde durch den rasanten Aufstieg der Wirtschaft des neuen Deutschen Reiches immer stärker herausgefordert und in Bedrängnis gebracht. So entstand im Folgenden ein aggressives Klima, etwa in der Presse der beiden Mächte gegen das jeweils andere Land. Hinzu kamen die großen weltpolitischen Machtfragen: die Kolonien (aus deutscher Sicht: der »Platz an der Sonne«), die Aufrüstung zur See (aus deutscher Sicht: das »Risiko« für Großbritannien unkalkulierbar machen), die »Orientfrage« (Streit um die Bagdadbahn, Jerusalem, Marokko), die Balkankrisen. Überraschend für die deutsche Politik war als Resultat dieser Konfrontationen der Abschluss der »Entente cordiale« zwischen Großbritannien und seinem alten Rivalen Frankreich (1904) und die Einbeziehung des seit 1894 mit Paris verbündeten Russland in eine Tripelentente (1907). Die Bündniskonstellation zum Ersten Weltkrieg stand damit fest. Die Politik der deutschen Reichsregierung in der Julikrise, mit der Neutralität Londons zu kalkulieren, war ein hochgefährliches Vabanquespiel und ging verloren.

Der britische Historiker Eric Hobsbawm faßt dies alles so zusammen⁴: »Die Aufspaltung Europas in die beiden feindlichen Blöcke nahm fast ein Vierteljahrhundert in Anspruch, von der Bildung des Dreibundes (1882) bis zur endgültigen Ratifizierung der Tripelentente (1907). Wir brauchen ihre Entwicklung und auch die folgenden Ereignisse nicht in allen verwickelten Einzelheiten zu verfolgen. Sie zeigen lediglich, dass während der imperialistischen Epoche internationale Spannungen weltweit und endemisch auftraten, und dass niemand – am allerwenigsten die Briten – eigentlich wußte, in welche Richtungen die Strömungen ihrer eigenen Interessen, Befürchtungen und Ambitionen sowie der an-

⁴ Eric J. Hobsbawm, Das imperiale Zeitalter 1875 – 1914, Frankfurt 1989, S. 401; Titel der englischen Originalausgabe: The Age of Empire 1875 – 1914, London 1987



Propaganda-Postkarte 1914

deren Mächte sie entführen würden. Immer wieder schlugen Versuche fehl, das Blocksystem aufzubrechen oder durch Annäherung zwischen den Gegnern einen Ausgleich zu schaffen: zwischen England und Deutschland, Deutschland und Rußland, Deutschland und Frankreich, Rußland und Österreich. Die Blöcke wurden durch unflexible militärische Planungen noch unbeweglicher, und der Kontinent trieb in einer Abfolge internationaler Krisen, die nach 1905 zunehmend durch eine riskante Politik der Drohgebärden 'bereinigt' wurden, manövrierunfähig auf einen Krieg zu.«

Es sind alte Streitfragen der HistorikerInnen: Wer trug die »Schuld« an der Entfesselung des Krieges, Berlin allein, alle ein bisschen und Deutschland die Hauptschuld, oder sind alle blind »hineingeschlittert«? War es in Deutschland die Angst der Junker vor dem Abstieg oder die Gier der Bourgeoisie nach einer Neuaufteilung der Welt? Präzise wäre es, diese Debatten nicht endlos weiterzuführen, sondern sich anzusehen, wie in einem solchen komplexen Geschehen sich die Klassen- und Sonderinteressen positionieren und wie die wesentlichen Faktoren ineinandergreifen.

Hier ist vor allem darauf hinzuweisen, was bürgerliche Geschichtsschreibung von marxistischer Analyse unterscheidet: Während sich erstere – von der Fischer-Kontroverse bis zu aktuellen Auseinandersetzungen – in erster Linie auf individuelle Verantwortung im nationalen Rahmen bezieht – mit anderen Worten: den politischen, ideologischen etc. Überbau gegenüber der ökonomischen Basis

überschätzt-, gehen wir von Klassenfragen aus, müssen aber auch die konkreten Abläufe berücksichtigen. Nachdem der Krieg in dem angespannten internationalen Klima aus einem eher nebensächlichen lokalen Konflikt eröffnet worden war, wurden die Kriegsziele – in Deutschland das »Septemberprogramm« der Regierung Bethmann Hollweg mit weitreichenden Annexionen und der Schaffung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsraums – alsbald präsentiert.

Arbeiterbewegung und Julikrise

Ein wesentlich mitentscheidender Faktor für die Auslösung des Krieges war das Verhalten der Arbeiterbewegung, also der SPD und der Gewerkschaften. Angesichts der pazifistischen Positionierung, wie sie z. B. in Kongressen wie Stuttgart 1907 und Basel 1912 zum Ausdruck kam, gab es in den Kreisen der Regierung und der Militärführung Pläne und Überlegungen, wie mit Sozialdemokraten und Gewerkschaftern umzugehen sei: Organisationsverbote, Verhaftungen, Erklärung des Ausnahmezustands durch die örtlichen Kommandeure. Andererseits war klar, dass der kommende Krieg eine breite Mobilisierung zu den Truppen erfordern würde und dass dafür Zustimmung und Mitwirkung der Arbeiterbewegung erforderlich sein würden. Ansatzpunkte, dass dies möglich sein könnte, lagen schon länger vor, etwa die Versicherung des langjährigen Parteivorsitzenden August Bebel, er selbst sei bereit, das Gewehr zu schultern, wenn es gegen Russland gehe. Die Angst vor dem »Henkerzaren«, also dem Regime, das 1848/9 führend an der Niederschlagung europäischer Revolutionen beteiligt war, saß in der SPD tief. Aber auch ganz generell hatten Entwicklungen stattgefunden, die die Integration der Arbeiterklasse bzw. wesentlicher Teile von ihr in die bürgerliche Gesellschaft als reales und erstrebenswertes Ziel erscheinen ließen. Dazu gehörten die Hebung des Lebensstandards durch bessere Löhne und staatliche Sozialgesetzgebung, die Zunahme sozialdemokratischer Reichstagsmandate (1912 wurde die SPD stärkste Fraktion), der Revisionismusstreit auf der theoretischen Ebene und eine pragmatische Politik im Alltag.

Die Partei teilte sich damals grob in zwei Blöcke. Die große Mittelgruppe, das »Marxistische Zentrum« um den als Cheftheoretiker geltenden Herausgeber der »Neuen Zeit«, Karl Kautsky, versuchte, die SPD zusammenzuhalten, auf die marxistische Tradition zu verpflichten, aber auch, eine Realpolitik zu verfolgen, die eine Illegalisierung wie in der Zeit des Sozialistengesetzes (1878 – 1890) vermeiden sollte. Den anderen Flügel bildeten die Revisionisten/Reformisten mit Eduard Bernstein als Hauptvertreter, denen es darum ging, aus den Widersprüchen, wie sie sie sahen, die Konsequenz einer »Anpassung« der marxistischen Theorie zu ziehen. Hinzu kam ein kleiner Zirkel der radikalen Linken, die insbesondere die Vertreter des Marxistischen Zentrums angriffen, um deren Halbherzigkeit und Doppelzüngigkeit zu entlarven. Bekannt sind insbesondere die Auseinandersetzungen zwischen Rosa Luxemburg und Karl Kautsky in der Massenstreikdebatte (1906 – 1913) und die Kritik Lenins an dem »Renegaten Kautsky« in Schriften wie »Was tun?« und »Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus«. Diese damalige Aufteilung entspricht nicht völlig der späteren Spaltung in Mehrheit und Unabhängige, da sich z. B. Figuren wie Kautsky und Bernstein als Kriegsgegner beide in der USPD wiederfanden.

Vor diesem Hintergrund gelang dem Reichskanzler Bethmann Hollweg sein »Bravourstück« – die geschlossene Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten am 4. August 1914-, dem auf der anderen Seite ein bereitwilliges Entgegenkommen von

Teilen der SPD-Fraktion entsprach. In erster Linie ging es darum, die Sozialdemokraten davon zu überzeugen, dass die »Kriegsschuld« bei Rußland liege und aus dieser Sicht für alle »das Vaterland in Gefahr« sei. Mit der Politik des 4. August erfolgte ein »Umschwenken« (Karl Liebknecht) in der SPD zum »Burgfrieden« mit dem Regime, das aber, so der Historiker Leo Schwarz⁵, nicht als Verrat gedeutet werden sollte, weil dies sehr wenig erkläre. Es handle sich hierbei um die »Übernahme der SPD durch eine bis dahin eher randständige Gruppe nationalistischer Reformisten«. Sie waren freilich Teil der revisionistischen Rechten, die mit dem Parteivorsitzenden Friedrich Ebert nach Bebels Tod (1913) neben Hugo Haase (später USPD) gleichberechtigten Anteil an der Kontrolle der Partei hatte.

Zunächst einmal wurde die Julikrise als Kriegsgefahr kaum ernst genommen. Haase, Ebert, Kautsky, Liebknecht befanden sich in Urlaub oder gingen ihren Erwerbstätigkeiten nach. Es war ein Fraktionsmitglied der SPD vom rechten Flügel, Albert Südekum, der den Kontakt mit Bethmann Hollweg aufnahm und ihm versprach, die Partei auf Burgfriedenslinie zu bringen. In der Parteivorstandssitzung vom 29. Juli konnte er mit der Versicherung des Kanzlers glänzen, dieser tue alles, um den Konflikt »lokal« zu begrenzen. In der Parteipresse wurde dies distanzlos wiedergegeben, so dass die offizielle Version eines »Verteidigungskrieges«, im Grunde die politische Strategie des deutschen Imperialismus im Konflikt mit der Tripelentente unterstützt wurde. In einem Artikel des »Vorwärts« wurde die Tonart dazu offen nationalistisch, wenn geschrieben wurde, der Krieg mit Rußland sei nicht zu verhindern, niemand wünsche eine Niederlage Deutschlands im Kampf mit den »Schergen dieser barbarischen Gewalt« und »kossakischen Bestialität«.

Dem folgte eine Flut weiterer Hetzartikel in sozialdemokratischen Blättern. Zu alledem gab es gefälschte Nachrichten und Zahlen über die russische Mobilmachung, die von der Regierung verbreitet und von den Befürwortern eines »gerechten Krieges« gegen den »reaktionären Zarismus« begierig aufgegriffen wurden. Es ging hier nicht um diese zutreffende Charakterisierung des Petersburger Regimes, sondern um das Manipulationspotenzial dieser Schlagworte für andere Zwecke. Zudem wussten viele dieser Wortführer und Manipulatoren, was sie taten, und einige gaben es später zu, wie etwa die Parteirechten Eduard David und Friedrich Stampfer, der damalige Chefredakteur des Vorwärts.

Die letzte Abstimmung in der Fraktion vor der Sitzung des Reichstagsplenums am 4. August 1914 ergab ein Verhältnis von 78 Stimmen für und 14 (darunter der eine Parteivorsitzende Haase sowie Karl Liebknecht) gegen die Zustimmung zu den Kriegskrediten. Es wurde aber Fraktionszwang beschlossen und eine Erklärung pro Kriegskredite ausgearbeitet, die Haase im Plenum vortragen mußte. Bethmann Hollweg legte seine Reichstagsrede noch einmal ausführlich darauf an, die SPD-Fraktion als ganze ins Boot zu holen, Hauptthema war daher das Schüren der Russenangst. Die Kriegskredite wurden einmütig zusammen mit den anderen Parteien beschlossen. In das anschließende »Kaiserhoch« stimmten nun auch einige SPD-Rechte leise ein.

F.D. ■

⁵ vgl. hierzu Leo Schwarz, Die Mitmacher, in: junge Welt vom 2.8.2014, sowie ders., Die Schlammluft, in: jw vom 4.8.2014



Rosa Luxemburgs Werke

Rosa Luxemburg und August Bebel, 1904 in Amsterdam

Seit vielen Jahren wird an einer vollständigen Ausgabe der Werke und der Korrespondenz Rosa Luxemburgs gearbeitet. Es war natürlich, dass diese Aufgabe Historikern aus Polen und der früheren Deutschen Demokratischen Republik (DDR) zufiel. Schließlich war Luxemburg besonders in der Arbeiterbewegung dieser beiden Länder verwurzelt, hatte sie mitgeprägt und den weitaus größten Teil ihres Lebens in diesen Ländern verbracht. Gleichwohl war sie auch eine prägende Gestalt des internationalen Sozialismus und zwar auf ihrem linken, revolutionären Flügel. Genau diese Position machte sie auch zu einer umstrittenen Person, die von vielen bewundert, aber von noch mehr angefeindet wurde. Sie war eine Frau und stammte aus einer Familie, die dem mosaischen Glauben anhing und von der Kultur dieses Glaubens geprägt worden war. Jedoch war sie nicht religiös und keine Feministin. Ihre Bedeutung liegt vor allem in ihrem Verständnis und der Weiterentwicklung der gesellschaftlichen Theorie, wie sie von Marx und Engels formuliert wurde. Sie vertrat einen »orthodoxen« Marxismus ohne dem Dogmatismus zu verfallen – im Gegenteil geriet sie mit ihrer Forderung nach einer offenen Theorie und Diskussion mit den Vertretern eines abstrakten, dogmatischen Verständnisses der Aufgaben der Arbeiterbewegung aneinander – ebenso wie mit den Verteidigern bürgerlicher Auffassungen.

Bekanntlich hatte Lenin, dessen Einschätzungen in manchen Fragen – etwa die politische Organisation unter illegalen Bedingungen im Zarenreich betreffend – sie stark kritisierte, dazu aufgefordert, dass ihre Werke unbedingt gesammelt und veröffentlicht werden sollten. Diese Aufgabe stieß innerhalb der Kommunistischen Partei Deutschlands zwar auf Widerspruch, wurde aber gleichwohl aufgegriffen und von später so genannten »Rechten« innerhalb der Partei ab etwa 1923 begonnen. Von den geplanten neun Bänden wurden jedoch vor 1933 nur drei veröffentlicht; eine erste umfassende Biographie wurde von dem Redakteur der Ausgabe, Paul Frölich, während der Emigration in Paris 1939 erarbeitet. Diese ist in mehrere Sprachen bis in die heutige Zeit hinein übersetzt worden.

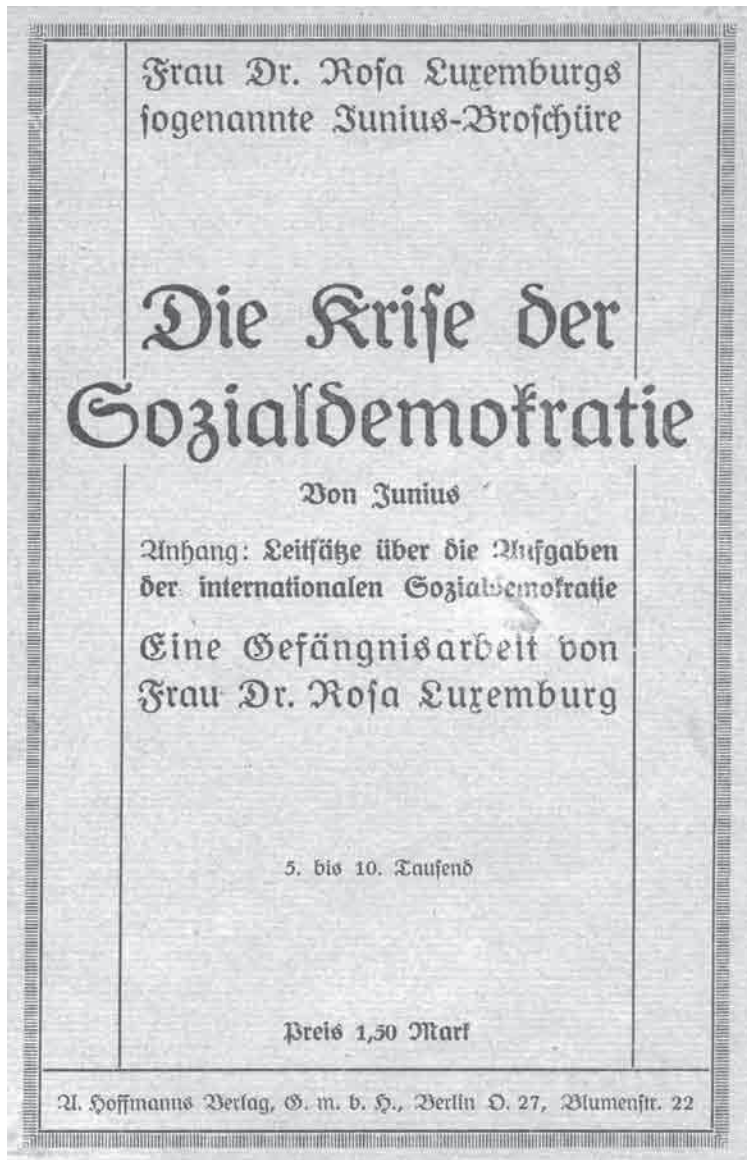
Nach 1945 wurde die Aufgabe einer Gesamtausgabe von kommunistischen Historikern in Polen und der DDR erneut aufgegriffen. In Polen bearbeitete Feliks Tych u.a. eine dreibändige Ausgabe des Briefwechsels zwischen Rosa Luxemburg und Leo Jogiches und erstellte eine umfassende Bibliographie ihrer Veröffentlichungen (1962), die für die weitere Arbeit eine notwendige Voraussetzung war. In der DDR wurde eine lange Diskussion eingeleitet, die von einer kleinen Gruppe jüngerer Historiker um Günter Radczun und Annelies Laschitza vorangetrieben wurde, die

sich auch gegen politische Widerstände durchsetzte, was sowohl zu einer Biographie (1971) wie zu einer Werkausgabe in fünf Bänden (1970-1975) wie auch zu einer sechsbändigen Ausgabe der Gesammelten Briefe (1982-1993) und einer neuen Biographie (1996) von Annelies Laschitza: »Im Lebensrausch trotz alledem« führte. Diese Bände erlebten alle mehrfache Auflagen, einige wurde auch in weitere Sprachen übersetzt – eine englischsprachige Gesamtausgabe ist in Vorbereitung. Daneben gibt es zahlreiche Einzel- bzw. Spezialveröffentlichungen der Texte wie auch eine kaum noch zu überschauende Anzahl von Monographien und Aufsätzen. Die letzteren sind in vielen Fällen dem Wirken der Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft zuzuschreiben, die in etwa 20 Konferenzen seit 1980 viele Themen aus dem Wirken Rosa Luxemburgs angesprochen hat.

Jetzt sind neue Texte Luxemburgs aufgefunden und gesammelt worden, die die bisherigen »Gesammelten Werke« vervollständigen. Der erste Band dieser Fortsetzung ist im Frühjahr 2014 erschienen, zwei weitere sind in Arbeit. Der erste Band enthält Texte aus den Jahren 1893 bis 1906 auf insgesamt 990 Seiten, darunter auch einige bisher unbekannte Manuskripte. Der kommende, gleichfalls sehr umfangreiche Band wird Texte aus den Jahren 1906 bis 1918 enthalten (die wenigen Artikel aus dem Jahr 1919 dürften im fünften Band der Gesammelten Werke erschienen sein). Der abschließende – achte – Band der Ausgabe enthält die polnischen Texte Luxemburgs in deutscher Übersetzung.

In dem neuen Band 6 der Werkausgabe (1893-1906) gibt Annelies Laschitza eine umfangreiche Einführung in die Editions-Geschichte der Werke und Briefe in der DDR wie auch zur Weiterführung der Arbeit nach 1989. Sie ordnet überzeugend die Arbeit in der DDR mit dem internationalen Echo auf das Werk Luxemburgs ein. Diese Arbeit, die in mehreren Ländern, in verschiedenen Sprachen und mit unterschiedlichen Voraussetzungen, schon vergleichsweise frühzeitig eingeleitet bzw. weitergeführt wurde, verdeutlicht ein reiches Erbe, das jetzt umfassender dokumentiert ist und wird. Laschitza diskutiert in ihrer Einführung in die Texte einige der Aspekte, die hier gewissermaßen neu sind.

Im Band werden 270 Dokumente – überwiegend journalistische Arbeiten – neu veröffentlicht. Luxemburg war in der Zeit des Bandes bei mehreren zentralen sozialdemokratischen Zeitungen als Redakteurin beschäftigt. Sie griff dabei viele Themen auf, auf anderer Ebene als in manchen der gründlicheren Aufsätze etwa in der »Neuen Zeit«. Es waren oft polemische Artikel, aber insgesamt sind sie auch Beispiele für die Weiterführung zentraler Anliegen, etwa die Frage nach der Mobilisierung der Massen in bestimmten Situationen. Die Auseinandersetzung zwischen ihr und den



Bolschewiken ist bekannt, jedoch beruhten die Gegensätze auf konkreten, gegebenen Widersprüchen in der Realität des Klassenkampfes. Die Bedingungen des Massenkampfes sind andere als die des illegalen Kampfes. Luxemburg lebte nicht nur in Russland, sondern eben auch im Deutschen Reich, das gewiss kein demokratischer Musterstaat war, jedoch Massenbewegungen nicht in der Form unterdrücken konnte, wie es im zaristischen Russland der Fall war. Ihre Einschätzungen gingen von den Erfahrungen aus, um die es in den Kämpfen Zentral- und Westeuropas ging: Wie kann man die Massen mobilisieren? Wie ihnen ein Verständnis der Ziele ihrer eigenen Kämpfe geben? Wenn die Massen kämpfen sollen, müssen sie eine Vorstellung haben, wofür sie kämpfen, sie müssen die Risiken kennen, denen sie sich aussetzen. Mit diesen Fragen beschäftigte Engels sich u.a. in der Zeit nach 1890; Luxemburg konnte diese Überlegungen kaum kennen, jedoch stimmten sie in entscheidenden Punkten mit ihren Erfahrungen überein.

Sie unterschied sich dabei von den Folgerungen, zu denen reformistische Sozialdemokraten dieser Zeit kamen. Für Luxemburg enthielten Vorschläge über Verhandlungen keine Lösung der gesellschaftlichen Widersprüche: Verhandlungen widersprachen den Versuchen, durch Mobilisierung den Massen der Arbeiter die eigentlichen Widersprüche in der Gesellschaft zu verdeutlichen und sie zur selbstständigen Arbeit und zur Übernahme von Verantwortung für das Handeln der Klasse anzuregen.

Es ist festzuhalten, dass die Erfahrungsgrundlage für Luxemburg bezüglich der Möglichkeiten für politische Arbeit, in einem Land, in dem demokratische Klassenorganisationen nicht illegal waren, andere waren als die für Geheimorganisationen in autoritär regierten Ländern mit einer durchorganisierten Geheimpolizei.

Nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern, deren gesellschaftliche Verhältnisse weitaus offener waren als die des Deutschen Reiches – bedingt u.a. von andersartigen industriellen Strukturen –, auch in Ländern, in denen es kaum Ansätze einer schwerindustriellen Grossindustrie gab, entwickelten sich politische Ansätze, die weit über die Vorstellungen der reformerischen Sozialdemokraten hinaus gingen. So verwies der Vorsitzende der dänischen Sozialdemokratie, Peter Knudsen, in einer Ausarbeitung zum Umsturz der Klassengesellschaft auf die Gefahren, die aus einer Konterrevolution entstehen könnten, wenn die **Grundsätze der Sozialdemokratie** von ihren Anhängern verfälscht würden. Er forderte, dass der revolutionäre Prozess permanent sein müsse um dieser Gefahr entgegen zu wirken. Um die notwendige Unterstützung durch die entscheidenden Schichten der Arbeiterklasse zu erobern, sei es notwendig, dass die Arbeiterbewegung ihre Forderungen und politischen Wünsche öffentlich vorlegte und als Massenbewegung, wie sie Engels nach der Wahl vom Februar 1890 zum deutschen Reichstag erschien, auch intern Diskussionsfreiheit praktizieren müsse. Während Engels' nach diesen Wahlen Zurückhaltung empfahl, keine Konfrontationspolitik wünschte, war die Lage 15 Jahre später anders: Luxemburg war 1905 nach der aktiven Teilnahme an den revolutionären Auseinandersetzungen in Polen eine Fürsprecherin einer offensiven Politik, auch um eine weitere Mobilisierung zu erreichen. Aber die Arbeiterbewegung war einerseits nach außen viel stärker geworden, andererseits intern gespalten in gegensätzliche politische Lager. Die Anhänger der Reformpolitik suchten eine

aktive Zusammenarbeit mit dem modernen Kapital. u.a. der chemischen Industrie, während die Schwerindustrie ihre Konfrontationspolitik weiterführte.

Engels hatte eine solche Spaltung für möglich gehalten, war aber davon überzeugt, dass die Arbeitermassen nach dem Fall der Sozialistengesetze einen Reifegrad erreicht hatten, der die Rechten in der Partei (er scheint hier u.a. an arbeitslose Akademiker gedacht zu haben, die sich der Partei angeschlossen hatten) schon auf den rechten Weg zurückführen würde (Brief an Otto von Boenigk 21. August 1890). Luxemburg wird dieses Problem auch gesehen haben und auch die Mobilisierungsmöglichkeiten, die durch die offenen Diskussionen gestärkt würden. Streiks und Wahlkämpfe wurden in diesem Licht von ihr eingeschätzt.

Engels' Überlegungen waren nicht abgeschlossen, Luxemburgs Feststellungen enthielten keine Garantien für den Durchbruch der sozialistischen Arbeiterbewegung, jedoch sah sie klar die Notwendigkeit, die erstarrten gesellschaftlichen Formen aufzubrechen. Es gibt in der Tat eine Linie von Engels zu Luxemburg, wie sie auch in diesem Band angesprochen wird.

G.W. ■

Annelies Laschitzka und Eckhard Müller (Hrsg.): Rosa Luxemburg. Gesammelte Werke Band 6, 1893-1906. Mit einem Vorwort von Annelies Laschitzka, Karl Dietz Verlag, Berlin 2014, 990 S., ISBN 978-3-320-02301-0, Euro 49.90